



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**78,67 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**42,77 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Wirtschaftliches Handeln ist langfristig nur innerhalb der planetaren Grenzen möglich.“

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin, auf dem Sustainable Economy Summit in Berlin.

ELEKTROFAHRZEUGE

Deutschland bei Schnellladern vorn

WIRTSCHAFT

Schottische Prozesswärmetechnik für München

BILANZ

N-Ergie kommt mit weniger Gewinn und Umsatz gut klar

Inhalt

TOP-THEMA

→ **STROMNETZ**: Bayernwerk: Großspeicher und Rechenzentren rücken in den Fokus

POLITIK & RECHT

- **POLITIK**: Entwurf für Kraftwerksgesetz im Umlauf
- **KLIMASCHUTZ**: Nachhaltigkeitsgipfel startet in Berlin
- **REGENERATIVE**: Mehr Erneuerbare gegen die „fossile Verwundbarkeit“
- **KLIMASCHUTZ**: Klimadialog rückt Energiekrise in den Fokus
- **RECHT**: 11 Windturbinen fürs Hochsauerland noch nicht gerichtsfest
- **WASSERKRAFT**: LEE NRW verteidigt Kleinwasserkraft
- **REGENERATIVE**: Österreich: Verhandlungen über EABG beginnen offiziell

HANDEL & MARKT

- **ELEKTROFAHRZEUGE**: Deutschland bei Schnellladern vorn
- **ENERGIEVERBRAUCH**: IEA sieht steigenden Strombedarf weltweit
- **ÖL**: Demnächst soll wieder russisches Öl nach Ungarn fließen
- **WÄRME**: Winter mit stabilen Verbräuchen trotz Energiekrise
- **VERANSTALTUNG**: Windgipfel in Madrid setzt auf Strom

TECHNIK

- **WIRTSCHAFT**: Schottische Prozesswärmetechnik für München
- **STATISTIK DES TAGES**: Anzahl der deutschen Stromnetzbetreiber von 2015 bis 2025

→ **CONTRACTING AWARD:** Vorzeigeprojekte gesucht

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** N-Ergie kommt mit weniger Gewinn und Umsatz gut klar
 - **WASSERSTOFF:** München will sich an norddeutschem Wasserstoff-Hub beteiligen
 - **WÄRMEWENDE:** Osnabrück vernetzt Stadtwerk und Handwerk
 - **PERSONALIE:** Vorstandswechsel in Wolfsburg
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Strompreis zeitweise bei minus 28,36 Euro
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Bayernwerk: Großspeicher und Rechenzentren rücken in den Fokus



Personalvorstand Zettl, Vorstandsvorsitzender Westphal, Finanzvorständin Groher und Pressesprecher Maximilian Zängl (v.l.). Quelle: Günter Drewnitzky

STROMNETZ. In der zweiten Halbzeit verortet Egon Leo Westphal die Energiewende. Und die bringe neue Herausforderungen mit sich. Zum Beispiel was die Ordnung auf dem Spielfeld angeht.

Die Verantwortung unter den Playern im Energiesystem, so der Bayernwerk-Chef bei der Jahrespressekonferenz in der Regensburger Unternehmenszentrale, müsse neu geregelt werden – wer wann Zugang zu den Netzen bekommt also. Denn der Ansturm ist gerade gigantisch: 41 Rechenzentren wollen angeschlossen werden mit einem Leistungsbedarf von 6.000 MW, vorwiegend im Großraum München und in der Region Würzburg/Aschaffenburg.

Dazu kommen Batteriespeicher. Nicht nur für den Heimbedarf, der auch schon riesengroß ist. Es geht vor allem um die Integration von Großspeichern „mit einem Leistungsumfang, der so nie kommen kann und wird“. Westphal: „Wir reden da von aktuell 80.000 MW, weit über das Zehnfache unserer Höchstlast – wo sollen die hin?“ Und: Solche Großspeicher sorgen nicht automatisch für eine Entlastung der Stromnetze. Sie können netzneutral, netzdienlich und netzbelastend eingesetzt werden, je nach Geschäftsmodell. Und alles, was die Netze belastet, so der Vorstandsvorsitzende, sei „schwierig“. Sprich, stehe bestimmt nicht an erster Stelle, wenn es darum geht, einen der wertvollen Netzzugänge zu bekommen.

Netzkapazitäten als „Gold der Energiewende“

Und wer beim Run auf die Netzkapazitäten, die immer mehr zum „Gold der Energiewende“ würden, die Nase vorne haben soll, ist für Westphal und die Landespolitik auch schon ausgemacht: Industrie und Gewerbe, die ja Arbeitsplätze schaffen stehen an erster Stelle, auf Platz zwei die Rechenzentren und erst dann die Art von Speichern, die die Netze belasten. Das war so auch beim bayerischen Stromgipfel mit Ministerpräsident Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger abgestimmt worden.

Es brauche jetzt neue und klare Spielregeln, eine neue Ordnung im Energiesystem, so Westphal. Diese Einschätzung werde auch vom Bund geteilt, einen Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium zu einem Netzpaket, in dem der Relevanz von Steuerung und Synchronisierung des Anlagenzubaus Rechnung getragen wird, wertet er positiv. Vorstöße der Bundesnetzagentur gingen ebenfalls in die richtige Richtung.



Quelle: Bayernwerk

Die Zuschüsse für Einspeiser waren ein weiteres Thema der Veranstaltung in Regensburg. Es brauche systemimmanente Anreize, um dort neue Anlagen zu errichten, wo die Kapazitäten es ermöglichen. Anreize, bei denen die Allgemeinheit Vergütungen für nicht sinnvolle Stromeinspeisungen zahlen muss, seien nicht fair, findet Westphal.

In der zweiten Hälfte der Energiewende neu aufs Spielfeld kommen sieht man beim Bayernwerk das bidirektionale Laden – also ein E-Auto, das bei Bedarf Strom ins Netz abgeben kann, um es zu stabilisieren. Auch das Laden von E-Lasten und flächendeckende Speicher für Photovoltaik-Heimanlagen zur Eigennutzung des Stroms würden an Bedeutung gewinnen.

Weiteres zentrales Thema bei der Jahrespressekonferenz: Die Resilienz der Systeme, herausgefordert in der Vergangenheit durch Corona, Hochwasser, den Ukraine-Krieg und jüngst den Anschlag in Berlin. Die Dezentralität der Versorgung, da zeigt sich der Bayernwerk-Vorstand einig, ist schon mal die beste Voraussetzung für Resilienz. Der Flexumer steht hier im Mittelpunkt, also der, der Energie nicht nur konsumiert und produziert, sondern sie auch speichern, selbst nutzen und erzeugungsnah bereitstellen kann.

Zu viel Transparenz ist auch nicht gut

Personal- und Marktvorstand Albert Zettl verwies auf die Sicherheitsaspekte beim Thema Resilienz, die Zusammenarbeit mit den Behörden, aber auch auf problematische Veröffentlichungspflichten, die geändert werden müssten. „Eine so allumfassende Transparenz ist nicht mehr zeitgemäß.“

Dass die Netze weiter wachsen müssen, daran ließ Westphal am Ende keinen Zweifel. 2025 sind 2.330 MW PV-Leistung integriert worden, fast 24.000 MW erneuerbare Leistung fließen aktuell durch die Leitungen. Auch bei der Windenergie ist man in Regensburg mittlerweile zuversichtlich, dass die 1.000 Anlagen bis 2030 als Ziel der Landespolitik erreicht werden können.

War vor einigen Jahren noch die Rede davon, dass sich das Bayernwerk verdoppeln müsse, so ist das schon wieder überholt: Im Jahr 2030 werde man sich, verglichen mit 2020, verdreifachen. 12 Milliarden Euro will der Netzbetreiber von 2026 bis 2030 in die Energiewende stecken, allein dieses Jahr sollen es 2,2 Milliarden Euro sein, wie Finanzvorständin Daniela Groher ausführte. Bis 2045 rechnet das Bayernwerk mit einer Verdreifachung der regenerativen Erzeugungsleistung und einer Verdoppelung des Stromverbrauchs. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Entwurf für Kraftwerksgesetz im Umlauf

POLITIK. Das Wirtschaftsministerium hat die regierungsinterne Abstimmung für ein „Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz“ gestartet. Noch dieses Jahr soll es Ausschreibungen geben.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) kommt beim geplanten Bau neuer Kraftwerke in Deutschland voran. Das Ministerium leitete die regierungsinterne Abstimmung für ein „Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz“ ein. Neue „Langzeit-Kapazitäten“ sollen ab Sommer ausgeschrieben werden, wie das Ministerium auf Anfrage mitteilte. In einem der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Gesetzentwurf ist die Rede von zwei Gebotsterminen im September sowie Dezember. Auf Stromkunden kommt ab 2031 eine neue Umlage zu.

Für rund zehn Gigawatt an Kraftwerksleistung ist laut Ministerium in den ersten Ausschreibungsrunden ein Langzeitkriterium vorgesehen - das bedeutet, sie müssten über einen längeren Zeitraum am Stück Strom bereitstellen können. Die Anlagen müssten spätestens im Jahr 2031 für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren für die Versorgungssicherheit zur Verfügung stehen. An den Ausschreibungen könnten Erzeugungsanlagen wie Kraftwerke und Stromspeicheranlagen teilnehmen.

Nach 2045 klimaneutral

Neue Gaskraftwerke sollen im Zuge des geplanten schrittweisen Kohleausstiegs die Versorgungssicherheit mit Strom gewährleisten und künftig als Backups einspringen - in Dunkelflauten mit einer geringen Erzeugung aus Solar- und Windenergie. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent steigen. Im ersten Quartal 2026 lag der Anteil bei rund 53 Prozent.

Im Gesetzentwurf heißt es, ein „Zubau an steuerbaren Kapazitäten in relevanter Größenordnung“ sei notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Vergütet werden soll demnach die Bereithaltung von Leistung, dazu soll es finanzielle Anreize geben. Alle über das Gesetz geförderten Kraftwerke sollen nach 2045 klimaneutral sein, durch den Umstieg auf Wasserstoff.

Erst vor einigen Tagen hatte das Finanzministerium Vorbehalte gegen Energie-Vorhaben angemeldet. Minister Lars Klingbeil (SPD) warnte Reiche vor einem Ausbremsen der Energiewende. In der

Ressortabstimmung könnte es noch zu Auseinandersetzungen kommen, ebenso wie dann später im parlamentarischen Verfahren.

Kosten sollen über eine neue Umlage finanziert werden, wie aus dem Gesetzentwurf hervorgeht. Sie soll 2031 eingeführt werden. Zu den durch die Umlage zu finanzierenden Kosten zählen unter anderem ab 2031 anfallende Vergütungszahlungen an bezuschlagte Bieter, wie es im Entwurf heißt.

Netzpaket mit „Redispatchvorbehalt“

Reiche plant außerdem ein Netzpaket. Sie will bei der Energiewende Kosten sparen. Sie strebt an, den Zubau von Wind- und Solaranlagen besser an den hinterherhinkenden Netzausbau anzupassen. Teure Abregelungen durch Engpässe in den Stromnetzen sollen vermieden werden.

In einem Gesetzentwurf mit Datum 17. April bleibt das Ministerium bei umstrittenen Plänen. In der Kritik steht vor allem ein geplanter „Redispatchvorbehalt“: Demnach sollen Gebiete, in denen eine Abregelung erneuerbarer Energien im Vorjahr über drei Prozent lag, für bis zu zehn Jahre als „kapazitätslimitiert“ ausgewiesen werden können. Neue Windräder oder Solaranlagen sollen Betreiber in diesen Gebieten nur errichten dürfen, wenn sie für zehn Jahre auf Entschädigungen bei einer Abregelung verzichten.

Der Grünen-Energiepolitiker Michael Kellner sagte der Deutschen Presse-Agentur. „Jetzt kommt es auf die SPD an. Katherina Reiche will unverändert mit dem Redispatchvorbehalt die Erneuerbaren ausbremsen. Die Finanzierbarkeit von neuen Wind und Solarprojekten würde so zerstört.“ // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Nachhaltigkeitsgipfel startet in Berlin



Umwelt-Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter beim Nachhaltigkeitsgipfel 2026.
Quelle: Susanne Harmsen

KLIMASCHUTZ. Beim Sustainable Economy Summit 2026 in Berlin beraten Unternehmen, Politik und Wissenschaft über nachhaltige Wirtschaft, Klimaschutz und die Rolle der Energiewende.

Am 21. und 22. April findet in Berlin der Sustainable Economy Summit statt. Die Konferenz bringt Vertreter aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft zusammen, die nachhaltige Wirtschaftsmodelle voranbringen wollen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Bundesumweltministeriums (BMUKN).

In einem Grußwort erklärte Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), Deutschland solle auch in einer klimaneutralen Welt zu den erfolgreichsten Volkswirtschaften gehören. „Umwelt- und Klimaschutz sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren für nachhaltiges Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand“, so der Minister. Dafür brauche es laut Schneider eine Wirtschaft, die Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Verantwortung miteinander verbinde.

Katharina Reuter, Geschäftsführerin der Sustainable Economy gGmbH mit Sitz in Berlin, betonte in ihrer Eröffnungsrede die wirtschaftliche Bedeutung von Energie- und Ressourcenunabhängigkeit. „Wer diese als Standortvorteil nutzen will, muss jetzt handeln“, appellierte sie. Die geopolitische Lage zeige, dass nachhaltige Modernisierung kein optionales Ziel sei, sondern eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Der Gipfel solle als Plattform dienen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, so Reuter.

Energiewende vorantreiben

Für das BMUKN nahm Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter an der Veranstaltung teil. Sie betonte, „wirtschaftliches Handeln ist langfristig nur innerhalb der planetaren Grenzen möglich“. Nachhaltige Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen sei in globalen Krisenzeiten kostengünstiger und verlässlicher als der Import fossiler Energieträger. Daher müsse die Energiewende weiter vorangetrieben werden.

Schwarzelühr-Sutter hob zudem hervor, dass umweltfreundliche Technologien zur Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Deutschland beitragen. Diese Einschätzung werde durch aktuelle Umfragedaten gestützt, die im Rahmen des Gipfels vorgestellt wurden.

Barometer 2026 vorgestellt

Janina Mütze, Gründerin des Meinungsforschungsunternehmens Civey, präsentierte das Sustainable Economy Barometer 2026. Dafür wurden rund 2.500 Entscheiderinnen und Entscheider aus deutschen Unternehmen befragt. Ziel der Erhebung ist es laut Civey, die Bedeutung von Nachhaltigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erwartungen an politische Rahmenbedingungen zu erfassen.

Die Ergebnisse zeigten, dass Nachhaltigkeit zunehmend als Wettbewerbsfaktor wahrgenommen wird. Effizienzgewinne und größere Unabhängigkeit von externen Einflüssen gewinnen insbesondere in Krisenzeiten an Bedeutung. 57 Prozent der Befragten halten allerdings die wiederkehrende Debatte über eine Verschiebung von Klimaschutzziele für wirtschaftlich schädlich.

Bei den politischen Maßnahmen sprechen sich viele Unternehmen für wirtschaftliche Anreize aus. Während 20 Prozent eine planmäßige Anhebung des CO₂-Preises befürworten, plädieren 41 Prozent für eine geringere Besteuerung nachhaltiger Produkte. 48 Prozent der Befragten sprechen sich für den Abbau klimaschädlicher Subventionen aus.



Sustainable Economy Summit Berlin 2026

Quelle: Susanne Harmsen

Hintergrund des Gipfels

Zu den Teilnehmern des Gipfels zählen unter anderem Vertreter von Unternehmen wie dem Drogeriehändler dm und Möbelunternehmen IKEA. Neben Unternehmensvertretern nehmen auch Akteure aus Politik und Wissenschaft teil.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen konkrete Lösungsansätze in zentralen Handlungsfeldern.

Dazu zählen speziell die Energiewende, die Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Finanzierungsmodelle sowie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Ziel des Gipfels ist es, Ansätze für eine wirtschaftliche Transformation zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Der vorherige Gipfel fand 2023 statt.

Die Ergebnisse des **Sustainable Economy Barometer 2026** stehen im Internet bereit. // **VON SUSANNE HARMSSEN**

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Mehr Erneuerbare gegen die „fossile Verwundbarkeit“



Quelle: Shutterstock / alphaspirit.it

REGENERATIVE. Der Krieg der USA und Israels gegen Iran lässt die Rohölpreise weiter steigen. Angesichts dessen wünscht eine Mehrheit der Deutschen laut Umfrage den schnelleren Ausbau von Ökoenergien.

Als „fossile Verwundbarkeit“ interpretiert Vattenfalls Deutschland-Chef Robert Zurawski die Folgen der aktuellen internationalen Krisen für den hiesigen Standort. Vor dem Hintergrund des Kriegs der USA und Israels gegen Iran hat der Energiekonzern eine Umfrage in Auftrag gegeben, die eine große wirtschaftliche Sorge in der Bevölkerung erkennen lässt.

Unter 5.000 vom Meinungsforschungsinstitut Civey Befragten äußerten demnach 81 Prozent, stark oder sehr stark beunruhigt darüber zu sein, dass der Krieg Deutschlands Wirtschaft schade. Zurawski bringt dies in Zusammenhang mit der Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Importen, deren Kosten laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) jährlich etwa 81 Milliarden Euro betragen. Ohnehin seien Erdöl, LNG oder Steinkohle deutlich teurer als in anderen Erdteilen. Der Krieg gegen Iran „verstärkt diesen Wettbewerbsnachteil nun noch weiter“, so Zurawski.

Einen Ausweg sehen fast zwei Drittel der Befragten im Ausbau von Energienetzen und -speichern (62 Prozent). Etwas weniger (56 Prozent) geben den Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion als Lösung an, die Energieversorgung unabhängiger aufzustellen.

58 Prozent halten Ausbau der Ökoenergien nun für wichtiger

58 Prozent betonen dabei allerdings, dass der Erneuerbaren-Ausbau seit Kriegsbeginn wichtiger oder deutlich wichtiger geworden sei. Die gegenteilige Haltung vertreten 18 Prozent. Viele Menschen spürten, so Zurawskis Wertung, dass Deutschland sich „weniger Energiewende langfristig nicht leisten“ kann.

Interessant ist das Umfrageergebnis, nach dem 38 Prozent der Befragten auch in zusätzlichen konventionellen Kraftwerken einen Beitrag für eine sichere Zukunft sehen. 25 Prozent sprachen sich zudem direkt für fossile Anlagen aus. Dass Vattenfall die Frage überhaupt stellt, wird auch damit zu tun haben, dass das schwedische Unternehmen im heimischen und internationalen Geschäft Energie in erheblichem Maße auch aus Kernkraft gewinnt. Ende 2024 lag die Atomkraft bei 37,9 Prozent der eingesetzten Energieträger, fossile Brennstoffe immerhin noch bei 9,3 Prozent.

Zurawski kommt zu dem Schluss: „Nur ein dekarbonisiertes Deutschland und Europa wird langfristig wettbewerbsfähig sein – und zudem auch unabhängiger und resilienter.“ Investitionen in Erneuerbare, Netze und Speicher führten zu Unabhängigkeit, langfristig stabileren und günstigeren Preisen sowie einer tragfähigen Infrastruktur für Jahrzehnte. // VON VOLKER STEPHAN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Klimadialog rückt Energiekrise in den Fokus



Quelle: Shutterstock / Lightspring

KLIMASCHUTZ. Beim Petersberger Klimadialog in Berlin beraten Minister aus über 30 Ländern über Klimapolitik, Energiekrise und die Vorbereitung der Weltklimakonferenz COP31.

In Berlin hat am 21. April der 17. Petersberger Klimadialog begonnen. Gastgeber ist Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), der gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der künftigen COP31-Präsidentschaft aus der Türkei und Australien zentrale Fragen der internationalen Klimapolitik diskutiert. Laut Bundesumweltministerium (BMUKN) nehmen Delegationen aus mehr als 30 Staaten sowie Vertreter internationaler Organisationen teil.

Im Mittelpunkt der Gespräche steht die aktuelle globale Energiekrise, die nach Einschätzung der Teilnehmenden eng mit klimapolitischen Fragen verknüpft ist. Die designierten COP31-Präsidentschaften Türkei und Australien wollen gemeinsam mit den Staaten Prioritäten für das Klimajahr 2026 festlegen und politische Allianzen stärken. Ziel ist es laut Veranstaltern, Wege aufzuzeigen, wie Klimaschutz wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit unterstützen kann.

Klimaschutz als Krisenausweg

UN-Klimachef Simon Stiell sieht im verstärkten Klimaschutz einen Ausweg aus der Energie- und Wirtschaftskrise. In seiner Rede erklärte er, der Konflikt im Nahen Osten werde voraussichtlich längerfristig zu steigenden Preisen für fossile Energien führen. Dies belastet Haushalte weltweit erheblich. „Zusammenarbeit im Klimaschutz ist entscheidend, um sowohl die Erderwärmung als auch die wirtschaftlichen Folgen fossiler Abhängigkeiten zu begrenzen“, appellierte Stiell.

Auch Schneider betonte die Risiken fossiler Energieträger. Die aktuelle Krise zeige, dass Staaten unabhängiger von Öl und Gas werden müssten. Er verwies auf erneuerbare Energien, Elektromobilität und Wärmepumpen als Alternativen. Zugleich bezeichnete er die gegenwärtige Lage als Chance für Fortschritte in der Klimapolitik. Der Dialog solle dazu beitragen, neuen politischen Schwung zu erzeugen.

Ein zentrales Thema ist die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad. Laut einem Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) zählen die Jahre 2015 bis 2025 zu den wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Vor diesem Hintergrund drängt die Zeit für internationale Vereinbarungen.

Energiewende sichert Versorgung

Die Teilnahme des Exekutivdirektors der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, unterstreicht die Verbindung von Energie- und Klimapolitik. Laut IEA zeigen die aktuellen Entwicklungen die strukturellen Risiken fossiler Abhängigkeiten. Gleichzeitig investieren viele Staaten verstärkt in erneuerbare Energien und Elektrifizierung, um diese Risiken zu reduzieren.

Deutschland verfolgt nach Angaben der Bundesregierung den Umbau seines Energiesystems hin zu erneuerbaren Quellen und mehr Effizienz. Der Ausbau von Wind- und Solarenergie sowie die Elektrifizierung von Verkehr, Gebäuden und Industrie sollen den Einsatz fossiler Energieträger verringern und die Importabhängigkeit senken.

Der Petersberger Klimadialog wurde 2010 nach der Weltklimakonferenz in Kopenhagen auf dem Bonner Petersberg initiiert. Er dient als informelles Treffen, um zentrale Themen der internationalen Klimapolitik frühzeitig zu diskutieren. In diesem Jahr soll er insbesondere die Weltklimakonferenz COP31 vorbereiten, die im Herbst im türkischen Antalya stattfinden soll.

Klimaschützer fordern mehr Engagement

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern unterdessen mehr Tempo bei der Energiewende. Die Klima-Allianz Deutschland, ein Netzwerk aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit Sitz in Berlin, sieht laut eigenen Angaben die Bundesregierung in der Pflicht, nationale und internationale Maßnahmen zu

verstärken. Eine beschleunigte Energiewende könne nicht nur Kosten senken, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität erhöhen.

Kritik kommt auch vom WWF Deutschland. Die Organisation bemängelt laut Klimachefin Viviane Raddatz, dass politische Maßnahmen den Ausbau erneuerbarer Energien derzeit bremsen könnten. Gleichzeitig verwies sie auf internationale Initiativen zum Ausstieg aus fossilen Energien, die von mehreren Staaten vorangetrieben werden.

Die Klima-Allianz betont zudem die Bedeutung der internationalen Klimafinanzierung. Laut Oxfam-Experte Jan Kowalzig sei eine verlässliche Unterstützung einkommensschwacher Länder notwendig, um globale Klimaziele zu erreichen. Die Bundesregierung müsse ihre finanziellen Zusagen einhalten und weiter ausbauen.

Parallel zum Dialog protestierten Aktivistinnen und Aktivisten von Greenpeace am Berliner Westhafen. Sie forderten mit einer Aktion auf dem Wasser einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien und ein Ende fossiler Abhängigkeiten. Greenpeace sieht die Bundesregierung in der Verantwortung, glaubwürdige Signale für mehr Klimaschutz zu setzen. // [VON SUSANNE HARMSEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

11 Windturbinen fürs Hochsauerland noch nicht gerichtsfest



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Landkreise können über den Kopf von Kommunen hinweg Windturbinen das Ja-Wort geben. So überstimmt zu werden, treibt manche Stadt vor den Kadi. Durchaus mit Erfolg, zeigt sich in NRW.

Kreis sticht Kommune. Das funktioniert häufig, wenn es um zu bauende Windenergieanlagen geht und die Haltung der Standortgemeinde gefragt ist. Verweigert eine Kommune also ihr Einverständnis für eine Turbine, muss das nicht das Ende des Windkraftprojekts bedeuten. Der Landkreis als Genehmigungsbehörde kann die Anlage dennoch durchwinken – in elf Fällen hat der Hochsauerlandkreis (HSK) nun aber die Rechnung ohne das Oberverwaltungsgericht (OVG) für Nordrhein-Westfalen gemacht.

Die Nachbarstädte Sundern und Meschede haben etwas gegen drei beziehungsweise acht beantragte Anlagen auf ihrem Stadtgebiet einzuwenden. Im Genehmigungsverfahren verweigerten sie daraufhin ihr gemeindliches Einvernehmen. Die Verwaltung des Landkreises ersetzte die Zustimmung und stellte allen elf Anlagen einen positiven Vorbescheid aus. Mit Vorbescheiden können Projektgesellschaften die Planungen bis zur endgültigen Genehmigung vorantreiben, weil sie in gewissen Bereichen bereits Rechtssicherheit haben.

Sundern und Meschede setzten sich dann mit Klagen gegen die Vorbescheide zur Wehr. Die darin ausgebreiteten Begründungen gleichen einander jeweils: Es fehle eine erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), auch seien die Schallentwicklung und der Schattenwurf der Anlagen falsch eingeschätzt. Dadurch habe der HSK das gemeindliche Einvernehmen zu Unrecht ersetzt.

Fragen zu Umweltauswirkungen nicht ausreichend beantwortet

Der 22. Senat am OVG in Münster folgte den beiden klagenden Kommunen jeweils – in Teilen zumindest. Denn die vorgebrachten Aspekte Schall und Schatten schlug das Gericht in den Wind. Die Kritik an den erforderlichen UVPs sah der Windkraftsenat um den Vorsitzenden Richter Hans-Joachim Hüwelmeier gleichwohl ähnlich.

Der Erfolg der beiden Kommunen könnte aber zum Pyrrhus-Sieg geraten. Denn das OVG hob die Vorbescheide nicht auf, wie von Meschede und Sundern beantragt. Der Senat erklärte sie lediglich für rechtswidrig und nicht vollziehbar. Das bedeutet, dass die elf Turbinen an den jeweiligen Standorten weiterhin möglich sind. Dafür sind allerdings UVPs nötig, die den rechtlichen Anforderungen genügen.

Dies gilt übrigens auch für Vorprüfungen zur Umweltverträglichkeit, die grundsätzlich möglich sind und in diesem Schritt sensible Bereiche bereits im Vorfeld klären können. Der HSK hatte nach den ersten Urteilen zu Sundern, die Ende Februar ergangen waren, in der Zwischenzeit mit entsprechenden Vorprüfungen für die Mescheder Anlagen nachzuarbeiten versucht. Das misslang in der Kürze der Zeit offenbar, denn dem Gericht genügten diese nicht.

Dennoch lässt sich der bestehende Mangel für alle Anlagen, die in Meschede süd(west)lich des Ortsteils Grevenstein sowie in Sundern an der Stadtgrenze zu Meschede (Ortsteile Altenhellefeld und Meinkenbracht) und im Ortsteil Endorf entstehen sollen, heilen. Sofern keine Umweltschutzgründe dagegen sprechen. // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

LEE NRW verteidigt Kleinwasserkraft



Quelle: Pixabay / Fabien

WASSERKRAFT. Tote Aale am Rhein lösen in Nordrhein-Westfalen eine neue Debatte über kleine Wasserkraftanlagen aus. Der LEE NRW weist einen Zusammenhang zurück und fordert ihren Weiterbetrieb.

Der Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen (LEE NRW) lehnt den Rückbau kleiner Wasserkraftanlagen ab. Anlass für das Statement sind jüngste Medienberichte über tote Aale am Rheinufer in Düsseldorf, Köln und Bonn. Darin nennen Beobachter Wasserkraftwerke, Pumpwerke und die Schifffahrt als mögliche Ursachen. Zusätzlich verweist der Verband auf einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion, der kleine Wasserkraftanlagen als mögliche Ursache in den Blick nimmt.

Aus Sicht des Verbands rechtfertigt die aktuelle Debatte keinen Rückbau. Er fordert, die Anlagen weiterzubetreiben. LEE-NRW-Geschäftsführer Christian Vossler erklärt in einer Mitteilung vom 20. April, ein Rückbau der kleinen Anlagen schwäche den Klimaschutz, ohne die Fischökologie zu verbessern. Zugleich stellt der Verband die Verhältnismäßigkeit eines solchen Schritts infrage und verweist auf Bundesrecht sowie auf Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Für seine Argumentation unterscheidet der Verband zwischen großen Wasserkraftwerken an schiffbar ausgebauten Flüssen und kleinen Anlagen in anderen Gewässern. Aale leben laut LEE NRW vor allem in Niedrigungewässern und in großen Flüssen wie Rhein, Main, Lahn und Mosel. Dort arbeitet überwiegend die große Wasserkraft mit Leistungen deutlich oberhalb kleiner Anlagen. Rund um die Fundorte der toten Tiere oder in den Zuflüssen gibt es nach Darstellung des Verbands kaum kleine Wasserkraftanlagen.

Anlagenstandorte sprechen gegen Zusammenhang

Mehr als 70 Prozent der Wasserkraftanlagen in NRW liegen nach Verbandsangaben im Ruhreinzugsgebiet des Sauerlandes, in höheren Lagen anderer Mittelgebirge oder an Stauseen. Die Gewässer mit diesen Anlagen münden erst unterhalb der Fundstellen in den Rhein. Das Ruhreinzugsgebiet sowie kleine Gewässer in Mittelgebirgen und an Stauseen gelten zudem nicht als natürliche Aalgewässer. Probleme mit Aalen entstehen dort laut Verband nur dann, wenn Betreiber oder Vereine Tiere künstlich einsetzen.

Hubert Verbeek, Wasserkraft-Experte und Vorstandsmitglied des Verbands, unterstreicht: „Es spricht derzeit wirklich nichts dafür, dass kleine Wasserkraftanlagen für die verendeten Aale verantwortlich sind.“ Stattdessen kommen unterschiedliche biologische Ursachen, Umweltverschmutzung oder andere menschliche Eingriffe infrage.

Verband betont Energiebeitrag und Schutztechnik

Der Verband hebt die Rolle der Kleinwasserkraft im Energiesystem hervor. Der LEE NRW erklärt in der Mitteilung, die Landesregierung stuft kleine Wasserkraftanlagen als wichtigen Baustein der erneuerbaren Energieversorgung ein. Der Verband verweist auf ihre Planbarkeit, ihren Beitrag zur Netzstabilität und auf mögliche Kombinationen mit Aquathermie. Eine Studie der Universität Wuppertal beziffert die durch kleine Wasserkraft vermiedenen Netzausbaukosten bundesweit auf rund 1 Milliarde Euro. Hinzu kommen jährliche Systemdienstleistungen im Wert von 250 Millionen Euro.

Für Nordrhein-Westfalen nennt der Verband rund 300 Wasserkraftwerke mit einer Leistung von jeweils bis zu 100 kW. Diese Anlagen erzeugen nach Angaben aus dem Marktstammdatenregister pro Jahr zusammen rund 58 Millionen kWh Strom. Das entspricht dem jährlichen Strombedarf von etwa 20.000 Haushalten. Modernisieren Betreiber die Anlagen und nutzen zusätzlich Flusswärme, kann ihre Leistung laut LEE NRW um 30 Prozent steigen. Außerdem lässt sich damit Energie in Höhe von bis zu 375 Millionen kWh CO₂-frei bereitstellen.

Zugleich verweist der Verband auf technische Schutzvorkehrungen. Kleine Wasserkraftanlagen in Aalgewässern müssen nach Bundesrecht entweder mit fischfreundlicher Technik arbeiten oder wirksame Fischschutzeinrichtungen einsetzen. Genannt werden in der Mitteilung etwa Wasserräder, archimedische Schrauben und Feinrechen. Gerade kleinere Anlagen nutzen solche Technik bereits häufig. Auch bei Hochwasser sieht der LEE NRW keine besondere Gefahr. In solchen Situationen fließe das Wasser überwiegend an den Anlagen vorbei. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Österreich: Verhandlungen über EABG beginnen offiziell



Quelle: Fotolia / vencav

REGENERATIVE. Für Ende der Woche setzte die Bundesregierung einen Gesprächstermin zum Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz an. Die Grünen nehmen teil, die Freiheitlichen nicht.

Österreichs Bundesregierung beginnt Ende dieser Woche mit der offiziellen Phase der Verhandlungen mit der Opposition über das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG). Das berichtete die für Energiepolitik zuständige Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium (BMWET), Elisabeth Zehetner von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), bei der Energiekonferenz Epcon am 20. April in Wien.

Wie berichtet, dient das Gesetz der Umsetzung der Erneuerbaren-Richtlinie der EU (RED III) in Österreich. Es bezieht sich auf Infrastrukturvorhaben, deren Größe zu gering ist, um einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu bedürfen. Eingeführt wird gemäß der RED III das „überragende öffentliche Interesse“ an derartigen Projekten. Überdies wird eine einzige Behörde („One Stop Shop“) für die Genehmigungen erster Instanz zuständig sein. Üblicherweise sind dies die Landeshauptleute (Ministerpräsidenten) des jeweiligen Bundeslands. Bei bundesländerübergreifenden Vorhaben ist der „One Stop Shop“ der Wirtschaftsminister, wenn der Verkehrssektor betroffen ist, der Verkehrsminister.

Im Gespräch mit der Redaktion erläuterte Zehetner, bis zum Beschluss des EABG im Plenum des Parlaments werde noch „einige Zeit“ vergehen. Auch sei das EABG keineswegs in der Lage, alle Probleme mit den generell als zu lang betrachteten Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Infrastrukturprojekte für die Energiewende zu lösen. Wohl sollten sich Genehmigungen erster Instanz rascher als bisher zustande bringen lassen: „Aber viele Verfahren gehen ja bis zum Verfassungs- oder zum Verwaltungsgerichtshof.“

Verständnis zeigte Zehetner bezüglich der teils vehementen Vorbehalte mancher der neun österreichischen Bundesländer gegenüber den Zielen, die ihnen der Bund zum Ausbau der Wind- und der Wasserkraft sowie der Photovoltaik vorgeben möchte: „Diese Ziele sind teilweise durchaus ambitioniert.“

Grüne gesprächsbereit

Wie mehrfach berichtet, benötigt die Regierung, der neben der ÖVP die Sozialdemokraten (SPÖ) und die Liberalen (Neos) angehören, zum Beschluss des EABG im Parlament eine Zweidrittelmehrheit. Sie muss sich daher entweder mit der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) oder mit den Grünen verständigen.

Lukas Hammer, der Energiesprecher der Grünen, bestätigte der Redaktion, dass für Ende dieser Woche ein Verhandlungstermin mit der Regierung angesetzt ist. Details wollte er nicht nennen. Laut Hammer sind die Grünen grundsätzlich gesprächsbereit. Die nunmehrige Regierungsvorlage des EABG basiere ja auf jenem Entwurf, den die damals mit der ÖVP regierenden Grünen in der vergangenen Legislaturperiode vorlegten.

Nicht nachvollziehen kann Hammer indessen die Aussagen Zehetners hinsichtlich der ambitionierten Ausbauziele für die Länder: „Bei der Photovoltaik liegen die geplanten Vorgaben des Bundes unter dem, was manche Länder selbst planen. Einige Bundesländer haben die PV sogar schon stärker ausgebaut, als es die Regierungsvorlage bestimmt.“ Zutreffend ist laut Hammer Zehetners Einschätzung, dass die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen dürften: „So schnell wie beim Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) wird es eher nicht gehen.“ Dem EIWG hatten die Grünen im Spätherbst 2025 nach etwa einer Woche an „offiziellen“ Gesprächen ihren Segen gegeben. Zuvor war freilich längere Zeit mit unterschiedlicher Intensität sondiert und austariert worden.

Freiheitliche: „Verhandlungen sinnlos“

Laut Paul Hammerl, dem stellvertretenden Energiesprecher der FPÖ, der stärksten Fraktion im Parlament, wird seine Partei an den Verhandlungen dagegen nicht teilnehmen: „Mit uns gibt es keinen Termin, und das wäre unter den derzeitigen Bedingungen auch sinnlos.“ Der Grund: Anders als in der RED III vorgesehen, wolle die Bundesregierung im EABG keine Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für den Bau von Wasserkraftwerken festschreiben. Das sei aber die „effizienteste Technologie im Bereich der erneuerbaren Energien, die wir haben“.

Zwar stehe Zehetners Wirtschaftsministerium solchen Beschleunigungsgebieten aufgeschlossen gegenüber. Doch das ebenfalls von der ÖVP geführte Umweltministerium (BMLUK) wolle seine Kompetenzen im Bereich der Wasserwirtschaft und damit auch der Wasserkraft nicht aufgeben. Das BMLUK aber lehne derartige Gebiete aus angeblich ökologischen Gründen ab. Angesichts dessen sehe die FPÖ keine Basis für Verhandlungen. // [VON KLAUS FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

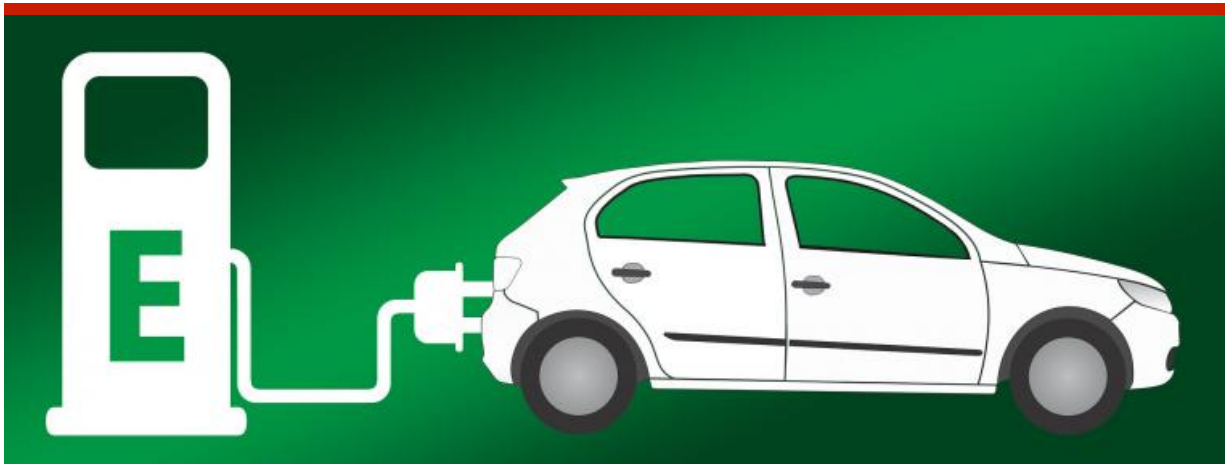


TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

Deutschland bei Schnellladern vorn

ELEKTROFAHRZEUGE. Der Ladereport 2026 von Grid X zeigt ein anhaltendes Wachstum der Elektromobilität in Europa, bei zugleich veränderten Schwerpunkten im Ausbau der Ladeinfrastruktur.

„GridX“, Anbieter von Energiemanagementsystemen und Eon-Tochtergesellschaft, hat seinen „Ladereport 2026“ veröffentlicht, der Daten für das Jahr 2025 aufbereitet hat und sich auf die Staaten der EU sowie die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island und das Vereinigte Königreich erstreckt.

Dem Bericht zufolge hat sich das Wachstum bei den Zulassungszahlen batterieelektrischer Fahrzeuge (BEV) zuletzt verlangsamt, bleibt jedoch auf hohem Niveau. Insgesamt seien im vergangenen Jahr 11,4 Millionen rein elektrische Pkw zugelassen gewesen, ein Zuwachs von rund 2,47 Millionen Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil von BEV an allen Pkw habe 11,3 Prozent erreicht, nach 8,0 Prozent im Jahr 2024.

Parallel dazu habe sich auch das Fahrzeugangebot weiter ausgeweitet. Die Zahl verfügbarer BEV-Modelle sei auf 463 gestiegen, während die durchschnittliche Reichweite leicht auf rund 390 Kilometer zugenommen habe. Der durchschnittliche Einstiegspreis ist dem Bericht zufolge leicht gesunken und habe bei etwa 65.100 Euro gelegen.

Beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur zeigt sich weiterhin ein deutlicher Aufwärtstrend. Die Zahl der Ladepunkte lag 2025 bei rund 1,22 Millionen, was einer Steigerung von 19,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Fünfjahresvergleich hat sich die Zahl nahezu verfünffacht. Gleichzeitig habe sich das Wachstumstempo gegenüber 2024 abgeschwächt. Die Ladepunktdichte habe sich mit 3,9 Ladepunkten pro 1.000 Einwohnern nahezu verdoppelt.

Intelligente Steuerung erfolgsentscheidend

Besonders dynamisch habe sich der Ausbau leistungsstarker Ladeinfrastruktur entwickelt. So sei die Zahl der Gleichstrom-Ladepunkte (DC) deutlich stärker gewachsen als die der Wechselstrom-Ladepunkte (AC). Der Anteil sogenannter Ultra-Fast-Charger mit mindestens 150 kW Leistung sei europaweit auf 11,8 Prozent gestiegen.

Für Deutschland konstatiert der Bericht eine Zunahme der BEV-Neuzulassungen um 18,2 Prozent. Auch der Anteil elektrischer Fahrzeuge am Gesamtbestand habe sich erhöht. Gleichzeitig habe Deutschland im europäischen Vergleich die höchste Zahl an Ultra-Fast-Chargern aufgewiesen – insgesamt 38.138 – und lag damit vor Frankreich (22.858) und dem Vereinigten Königreich (12.246). Während der Anteil dieser Ladepunkte seit 2020 deutlich gestiegen sei, habe der Anteil mittlerer Leistungsklassen kontinuierlich abgenommen.

In absoluten Zahlen sind die Niederlande bei der öffentlichen Ladeinfrastruktur mit 202.833 Ladepunkten führend. Deutschland folgt auf Platz zwei (200.830 Ladepunkte). Die höchste Ladepunktdichte ist ebenfalls in den Niederlanden mit 11,0 Ladepunkten pro 1.000 Einwohnern zu finden. Die Spitzenposition bei der Verbreitung von Elektrofahrzeugen pro Kopf sowie beim Anteil an den Neuzulassungen hält Norwegen. Die höchste öffentliche Ladeleistung pro Einwohner (57,8 kW) ließ sich für Island feststellen.

„Hin zu intelligenter Vernetzung und Flexibilität“

Eine im Bericht enthaltene Befragung von vier Ladepunktbetreibern (CPO) aus dem Partnernetzwerk von Grid X hat ergeben, dass die Sicherstellung ausreichender Netzkapazitäten als zentrale Herausforderung für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur gesehen wird. Hier setzt die Eon-Tochter mit ihrer Plattform „Xenon“ an. Denn Infrastrukturbetreiber sehen gerade in der Flexibilisierung des Betriebs einen wesentlichen Ansatz, um erfolgreich die netzseitigen Herausforderungen des Lademanagements zu meistern. Entsprechend erwarten sie der Befragung zufolge auch, dass sich Flexibilität bis 2030 zum elementaren Geschäftstreiber entwickeln wird, insbesondere im Hinblick auf Kostenoptimierung und zusätzliche Erlösquellen.

Zugleich hätten alle befragten Betreiber geplant, ihre Ladeinfrastruktur künftig mit Batteriespeichern zu ergänzen. Diese könnten kurzfristig Netzanschlusskosten reduzieren und langfristig neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

„Ohne eine entsprechende Steuerung der wachsenden Ladeinfrastruktur entstünden neue Herausforderungen, sagt Anne Bicking. „Wir bewegen uns daher weg vom reinen Ausbau der Infrastruktur hin zu intelligenter Vernetzung und Flexibilität. Was die Akteure der Energie- und Mobilitätswende heute voneinander unterscheidet, ist nicht die Größe einer Ladestation, sondern die Frage, wie intelligent sie gesteuert und monetarisiert wird“, so die CEO von Grid X.

Grid X selbst gibt an, 2025 europaweit mehr als 1.100 Energiemanagementsysteme im Einsatz zu gehabt zu haben, die rund 12.800 öffentliche Ladepunkte steuern.

Der **Ladereport 2026** steht im Internet zur Verfügung. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

IEA sieht steigenden Strombedarf weltweit



Industriepark Scholfen. Quelle: Uniper

ENERGIEVERBRAUCH. Der globale Energieverbrauch stieg 2025 langsamer, während Strombedarf und Elektrifizierung zulegen. Der neue Bericht der IEA zeigt zugleich die Dominanz fossiler Energien.

Das Wachstum des globalen Energieverbrauchs hat sich 2025 mit einer Zunahme um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 655 Exajoule (EJ) im Vergleich zur Entwicklung in der vergangenen Dekade abgeschwächt. Entscheidende Gründe für diese Abschwächung waren ein geringeres globales Wirtschaftswachstum, weniger extreme Temperaturen in einigen Regionen sowie die rasche Verbreitung effizienterer Technologien. Dies geht aus der jüngsten Ausgabe des Global Energy Review hervor, den die International Energy Agency (IEA) vorgelegt hat.

Der weltweite Energiebedarf stieg 2025 vor einem komplexen wirtschaftlichen und geopolitischen Hintergrund weiter an, wobei ein Trend unübersehbar war: die zunehmende Elektrifizierung der Volkswirtschaften, erklärte Fatih Birol, Executive Director der IEA. „In der sich heute rasch wandelnden Landschaft sind Länder, die Resilienz und Diversifizierung in den Vordergrund stellen, am besten aufgestellt, um Schwankungen zu bewältigen und in den kommenden Jahren sichere und bezahlbare Energie bereitzustellen.“

Fossile Energiequellen dominieren weiterhin

Trotz starker Zunahme der erneuerbaren Energien beträgt der Anteil von Öl, Erdgas und Kohle am globalen Energieverbrauch weiterhin 80 Prozent.

Zuwächse waren 2025 im Vorjahresvergleich bei allen Energieträgern zu verzeichnen. Der stärkste Anstieg unter den fossilen Energien wurde 2025 bei Erdgas mit einem Plus von 1,0 Prozent verzeichnet. Öl legte um 0,6 Prozent und Kohle um 0,4 Prozent zu. Öl führte trotz der Verringerung seines Anteils am gesamten Energieverbrauch auf 29,6 Prozent auch 2025 das Ranking der Energieträger an.

Stärker als die fossilen Energien legten Kernenergie und vor allem die erneuerbaren Energien zu. Für Kernenergie wurde ein Anstieg von 1,2 Prozent und für die erneuerbaren Energien von 4,6 Prozent im Vorjahresvergleich ermittelt. Die erneuerbaren Energien waren mit insgesamt 15 Prozent am weltweiten Primärenergieverbrauch beteiligt, die Kernenergie mit 5 Prozent.

Die globale Stromerzeugung ist 2025 um 872 TWh, entsprechend 2,8 Prozent, auf über rund 32.000 TWh gestiegen. Zu diesem Zuwachs trug allein die Photovoltaik mit rund 600 TWh, entsprechend fast 70 Prozent, bei. Sie erzielte damit den größten Anstieg, den eine Energietechnologie jemals erreicht hat. Alle erneuerbaren Energien zusammengerechnet kamen mit über 10.800 TWh auf einen Anteil an der gesamten Stromerzeugung von 33,6 Prozent. Damit wurde der Anteil, den die Kohle mit 33,8 Prozent im Jahr 2025 an der weltweiten Stromerzeugung hielt, fast erreicht.

Starke Impulse durch die Elektromobilität

Die Verkäufe von elektrisch betriebenen Fahrzeugen erhöhten sich 2025 um mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 21 Millionen Einheiten. Damit verfügte ein Viertel der 2025 verkauften Fahrzeuge über einen elektrischen Antrieb. In China wurde 2025 erstmals die Marke von 50 Prozent Elektroanteil bei verkauften Fahrzeugen überschritten. In der Europäischen Union stiegen die Verkäufe von Elektrofahrzeugen 2025 um 30 Prozent. Der größte EU-Automarkt, Deutschland, verzeichnete ein signifikantes Wachstum der Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen. Das Gleiche gilt für Länder wie Spanien, Italien, Polen und die Niederlande. Der gesamte Kontinent Europa war 2025 der am stärksten wachsende Markt für Elektrofahrzeuge – noch vor China. In Großbritannien wurde ein Wachstum von mehr als 25 Prozent verzeichnet. In Norwegen erreichte der Anteil batterieelektrischer Fahrzeuge 96 Prozent am Gesamtabsatz.

Der Absatz von Wärmepumpen ging 2025 weltweit um 2 Prozent zurück. Die Verkäufe in den USA gingen zurück. In China und Japan blieb der Absatz weitgehend stabil, während Europa eine starke

Wiederbelebung der Nachfrage verzeichnete. In Europa stiegen die Verkäufe von Wärmepumpen um 11 Prozent im Vorjahresvergleich und damit erstmals seit 2022. Die Erholung wurde wesentlich durch die Entwicklung in Deutschland getrieben, wo die Verkäufe von Wärmepumpen im ersten Halbjahr 2025 um 55 Prozent zunahmen.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen werden für 2025 – unter Einschluss der Emissionen aus Industrieprozessen – von der IEA auf 38,1 Milliarden Tonnen beziffert. Das waren 0,4 Prozent mehr als 2024. Zwar hat sich der Anstieg verlangsamt. Trotzdem erreichten die weltweiten CO₂-Emissionen 2025 einen neuen Höchststand. China war 2025 weltweit größter CO₂-Emittent mit einem Anteil von einem Drittel. Auf die Europäische Union entfielen 6,2 Prozent. Deutschland war an den weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2025 mit 1,5 Prozent beteiligt.

Das 48-seitige Dokument „[Global Energy Review 2026](#)“ ist auf der Internetseite der IEA downloadbar.

// VON HANS-WILHELM SCHIFFER

[^ Zum Inhalt](#)

Demnächst soll wieder russisches Öl nach Ungarn fließen



Die Ölpipeline Druschba am Fluss Dnjestr in der Ukraine. Quelle: Shutterstock / Pitroviz

ÖL. Die Ölpipeline Druschba Richtung Ungarn steht vor einer Wiedereröffnung. Unsere Redaktion zieht Bilanz, wie die Ölpreise Russland nützen und die kriegsbedingten Zerstörungen ihm schaden

Einerseits fließen durch die Blockade der Seestraße von Hormus Petro-Dollar in Strömen nach Russland. Andererseits fliegen ukrainische Drohnen und richten Schäden an Tanklagern, Pipeline- und Verladeeinrichtungen an, so dass weniger Tanker ablegen können.

Moskau ist der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge aus dem Iran-Krieg als Gewinner hervorgegangen, da die Sperrung der Straße von Hormus die Energieversorgung des Nahen Ostens stark beeinträchtigt und die globalen Märkte durcheinanderbringt.

Die Turbulenzen hätten den Preis für russisches Rohöl der Sorte Urals deutlich über 59 US-Dollar je Barrel getrieben, die im russischen Haushalt 2026 veranschlagt sind.

Jeder zusätzliche Dollar zählt

Argus Media zufolge ist Urals in den ersten 13 Apriltagen an den westlichen Häfen Russlands zu einem Durchschnittspreis von 106,30 US-Dollar je Barrel verkauft worden. Dies entspreche einem Anstieg von 42 Prozent gegenüber März, als die Preise ebenfalls durch den eskalierenden Konflikt in die Höhe getrieben wurden. Jeder zusätzliche Dollar im jährlichen Urals-Preis erhöhe die Steuereinnahmen Russlands aus der Öl- und Gasindustrie um etwa 150 Milliarden Rubel (2 Milliarden US-Dollar), erklärte Olga Belenkaja vom Finanzanalysten Finam in Moskau. Allein im April könnten Russlands Einnahmen hier 900 bis 950 Milliarden Rubel gegenüber 617 Milliarden Rubel im März erreichen, sagte sie.

Fördermenge unter Druck

Während Russland vom Krieg im Nahen Osten profitiert, leidet das Land unter den ukrainischen Angriffen auf seine Ölinfrastruktur. „Russland kann wegen der Schäden an Hafen- und Energieinfrastruktur kurzfristig Schwierigkeiten haben, die Produktion über das Niveau des ersten Quartals 2026 zu steigern“, erklärte die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem Ölmarktbericht vom 14. April. Die IEA schätzte hier die tägliche

Rohölproduktion in Russland im März auf 9 Millionen Barrel, das heißt, 230.000 Barrel weniger als im Vorjahr. Folglich könnten die Einnahmen aus der Steuer auf die Rohstoffförderung, die sich nach den Fördermengen richtet, sinken.

Verluste durch Druschba-Pipeline

Ebenso reduzieren weniger Exportumfänge den Gewinn. Im vorigen Jahr exportierte Russland nach Angaben von Vizepremier Alexander Novak 238 Millionen Tonnen Rohöl (4,8 Millionen Barrel am Tag). Davon entfielen rund 80 Prozent auf China und Indien. 25 Millionen Tonnen blieben in Europa - gegenüber früheren Lieferungen im Umfang von 175 Millionen Tonnen im Jahr. 15 Millionen Tonnen Öl importierte die Türkei, während der Rest über die Druschba-Pipeline nach Tschechien, Ungarn und in die Slowakei floss.

Seit 27. Januar fließt aufgrund von Schäden durch russische Luftschläge auf einen ukrainischen Abschnitt kein Öl mehr über die Druschba-Pipeline nach Ungarn und in die Slowakei, sodass sich der tägliche Lieferumfang um rund 200.000 Barrel reduzierte. Medienberichten zufolge steht die Wiederaufnahme des Pipeline-Betriebs unmittelbar bevor.

Sinkende Verladetätigkeit in Häfen

Legt dazu kein Öltanker von den zwei Ostseehäfen Ust-Luga und Primorsk ab - wie jüngst im März nach Drohnenangriffen der Ukraine -, erhöht sich der Exportausfall pro Tag auf 1,9 Millionen Barrel. Dieser kumuliert sich im Vergleich zur durchschnittlichen Export-Tagesmenge von 2025 auf beinahe 40 Prozent. Zugleich lässt sich der Ausfall durch verstärkte Hafenerlieferungen an der Ostküste des Landes und bereits beladene Schiffe auf See teilweise kompensieren.

Wie der IEA-Bericht zeigt, waren die Rohölexporte im Februar mit 4,35 Millionen Barrel am Tag seit 2022 der niedrigste Monatsschnitt. Der Ausfall der Druschba-Pipeline wirkte sich aus, aber auch weniger Schiffstransporte schlugen zu Buche. Angaben vom russischen Zentrum für Preisindices machen laut Wirtschaftszeitung Kommersant die Abnahme des Ölumschlags infolge von Drohnenangriffen der Ukraine auf die Häfen an der Ostsee und am Schwarzen Meer seit März deutlich: Lag der Tagesumschlag im Februar noch bei 442.000 Millionen Tonnen - 3,3 Millionen Barrel -, fiel er bis in die zweite Aprilwoche um über 30 Prozent auf 292.000 Millionen Tonnen - 2,2 Millionen Barrel.

Rettungsanker Hormus

Im März stiegen die russischen Rohölexporte laut IEA-Bericht auf 4,62 Millionen Barrel am Tag. Die Lücke füllten bereits beladene Tanker auf See inklusive Tanker der Schattenflotte, für die die USA ihre Sanktionen gelockert hatten und die verstärkt auch wieder indische Häfen anliefen. Diese Lockerungen verlängerten die USA jüngst bis zum 16. Mai.

Bei einem länger anhaltenden Verladestillstand in Häfen durch schwere Schäden durch Drohnenbeschuss droht dem russischen Höhenflug bei den Einnahmen ein starker Dämpfer. Angesichts der angespannten Kriegswirtschaft im Land ist der Krieg im Nahen Osten und die Blockade von Hormus für Russland ein Rettungsanker. // VON JOSEPHINE BOLLINGER-KANNE

[^ Zum Inhalt](#)

Winter mit stabilen Verbräuchen trotz Energiekrise



Quelle: Pixabay / ri

WÄRME. Der Energiedienstleister Techem analysierte bundesweit den Heizenergieverbrauch der Saison 2025/2026 und stellt stabile Verbräuche sowie regionale Unterschiede bei den Kosten fest.

Der Heizenergieverbrauch in Deutschland ist in der Saison 2025/2026 weitgehend stabil geblieben. Das geht aus einer Analyse des Energiedienstleisters Techem mit Sitz in Eschborn hervor. Grundlage sind unterjährige Verbrauchsdaten für die Monate Oktober 2025 bis März 2026. Sowohl nominal als auch witterungsbereinigt zeigen die Werte laut Unternehmen keine nennenswerten Veränderungen im Vergleich zur Vorsaison.

Die Auswertung basiert auf knapp 640.000 Nutzeinheiten, darunter rund 283.000 Wohnungen mit Erdgas, etwa 291.000 mit Fernwärme sowie gut 65.000 mit Heizöl. Laut Techem bewegten sich die Verbrauchsänderungen bei allen drei Energieträgern innerhalb einer Bandbreite von plus/minus 1,5 Prozent. Eine strukturelle Verschiebung zwischen den Energieträgern sei nicht erkennbar. Das deute auf ein insgesamt konstantes Heizverhalten hin.

Im Saisonverlauf zeigten sich allerdings Unterschiede. Ein kälterer Januar führte zu einem höheren Heizbedarf, während ein ungewöhnlich milder März diesen Effekt ausglich. In der Gesamtbetrachtung ergibt sich dadurch ein stabiles Bild auf dem Niveau der Heizperiode 2024/2025.

Heizkosten schwankten

Differenzierter fällt die Entwicklung bei den Heizkosten aus. Für Erdgas verzeichnet Techem im Vergleich zur Vorsaison einen durchschnittlichen Rückgang von 2,7 Prozent. Beim Heizöl sanken die Kosten zunächst deutlicher, bevor ein Anstieg um rund 20 Prozent im März den Effekt abschwächte. Insgesamt ergibt sich auch hier ein Rückgang um 2,7 Prozent im Zeitraum Oktober bis März. Fernwärme blieb mit einem Plus von 0,8 Prozent nahezu konstant.

Regional zeigen sich deutliche Unterschiede. In Nordrhein-Westfalen sanken die Kosten laut Auswertung um 4,4 Prozent, in Hessen um 4,2 Prozent und in Baden-Württemberg um 2,4 Prozent. Dagegen verzeichneten Berlin mit plus 7,5 Prozent, Brandenburg mit plus 6,5 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit plus 5,2 Prozent steigende Heizkosten.

Datenzugang für angepassten Verbrauch

Die aktuelle Energiekrise wirkt sich nach Einschätzung von Techem zeitverzögert aus. Für die Abrechnung der Saison 2025/2026 lasse sich noch kein signifikanter Einfluss feststellen. Höhere Kosten seien jedoch in der kommenden Heizperiode zu erwarten.

Matthias Hartmann, Vorstandsvorsitzender der Techem-Gruppe, sieht in transparenten Verbrauchsdaten eine zentrale Grundlage für Effizienzmaßnahmen. Nutzende könnten ihr Heizverhalten auf dieser Basis besser einordnen und gezielt anpassen, erklärte er laut Unternehmen. Digitale Anwendungen wie vernetzte Heizungssteuerungen könnten zusätzlich dazu beitragen, Anlagen im Bestand effizienter zu betreiben.

Berlin heizte mehr mit Fernwärme

Parallel bestätigt ein Blick auf die Hauptstadt die stabile Nachfrage nach Heizenergie. Die BEW Berliner Energie und Wärme meldet für den Winter 2025/2026 eine erhöhte Fernwärmefachfrage. Zwischen Oktober und März speiste das Unternehmen 8,8 Prozent mehr Wärme in das Netz ein als im Vorjahr.

Ursache war insbesondere eine Kältephase im Januar und Februar. Den höchsten Wert erreichte die Wärmelast laut BEW am 8. Januar 2026 mit 3.100 MW. Gleichzeitig lag die Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen in den Wintermonaten bei über 94 Prozent. Herausforderungen ergaben sich vor allem bei der Brennstofflogistik, da Wasserwege wegen Eis zeitweise nicht nutzbar waren und Transporte auf die Schiene verlagert werden mussten.

Mit dem Ende der Heizperiode hat die BEW nach eigenen Angaben bereits mit der Vorbereitung auf den kommenden Winter begonnen. Geplant sind umfangreiche Revisionen an mehreren Kraftwerksstandorten sowie die frühzeitige Beschaffung von Brennstoffen. Ziel sei es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Preisschwankungen zu begrenzen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Windgipfel in Madrid setzt auf Strom



Eröffnung der europäischen Windkonferenz 2026 in Madrid. Quelle: Wind Europe

VERANSTALTUNG. Der Branchenverband Wind Europe stellt beim Gipfel Madrid einen Aktionsplan vor, um die Elektrifizierung zu beschleunigen und Europas Energieversorgung unabhängiger zu machen.

Auf dem Wind Europe Annual Event 2026 in Madrid hat die europäische Windbranche am 21. April einen Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung der Energiewende vorgestellt. Der Branchenverband Wind Europe fordert darin, Elektrifizierung zur strategischen Priorität der Europäischen Union zu machen.

Auslöser für den Vorstoß ist laut Verband unter anderem die erneute Verunsicherung auf den Energiemärkten infolge geopolitischer Konflikte. Europa müsse seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern und stärker auf heimisch erzeugten Strom setzen, heißt es. „Madrid Call to Action“ nennt Wind Europe den Katalog mit zehn Maßnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden könnten.

Dan Jorgensen, EU-Kommissar für Energie und Wohnungsbau, erklärte: „Windkraft ist nicht nur ein Instrument des Klimaschutzes, sondern auch ein wirtschaftlicher Faktor und Teil der europäischen Sicherheitsstrategie.“

Windkraft liefert ein Fünftel des Stroms

Nach Angaben des Verbands hat die Windenergie in Europa zuletzt an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2025 investierte die Branche demnach 45 Milliarden Euro in neue Anlagen. Windkraft decke inzwischen rund 20 Prozent des EU-Strombedarfs. Gleichzeitig liege der Anteil von Strom am gesamten Energieverbrauch weiterhin unter 25 Prozent. Das stelle ein Risiko für die Energiesicherheit dar.

Der Maßnahmenplan setzt an mehreren Punkten an. So sollen Genehmigungsverfahren für Windprojekte beschleunigt werden. Windkraft solle als vorrangiges öffentliches Interesse gelten, Genehmigungen könnten zeitweise als erteilt gelten, wenn Behörden nicht fristgerecht entscheiden. Zudem fordert die Branche, mindestens 80 Prozent der ausgeschriebenen Windkapazitäten auch tatsächlich zu vergeben.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Modernisierung bestehender Anlagen. Alte Windparks sollen erneuert und ihre Leistung gesteigert werden. Parallel dazu müsse die Netzinfrastruktur ausgebaut werden. Wind Europe plädiert dafür, Netzanschlüsse für fortgeschrittene Projekte zu priorisieren und Projekte ohne Realisierungsperspektive aus Wartelisten zu streichen.

Vertrauen entscheidet Finanzierung

Auch die Finanzierung spielt eine Rolle. Die EU solle ihre Mittel für Netzinvestitionen deutlich erhöhen und stärker mit privaten Geldern kombinieren. Zudem fordert der Verband, die Nachfrage nach Strom zu stärken. Dazu zählen niedrigere Abgaben auf Strom sowie Anreize für Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge.

Industrieunternehmen sollen laut Plan leichter langfristige Stromlieferverträge für erneuerbare Energien abschließen können. Staatliche Beihilfen müssten dafür vereinfacht werden. Ziel sei es, Elektrifizierung in industriellen Prozessen schneller voranzubringen, insbesondere bei Anwendungen mit niedrigen und mittleren Temperaturen.

Fehlinformationen entgegenreten

Neben dem Ausbau der Infrastruktur sieht die Branche ein wachsendes Problem in der öffentlichen Debatte. Gemeinsam mit der britischen Organisation CASM Technology hat Wind Europe einen Bericht zu Des- und Fehlinformationen über Windenergie vorgelegt. Dieser analysiert laut den Autoren mehr als 40.000 Beiträge in sozialen Medien innerhalb von eineinhalb Jahren.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass ein Netzwerk aus verschiedenen Akteuren gezielt falsche Narrative verbreitet. Diese hätten reale Auswirkungen, etwa Verzögerungen oder Absagen von Projekten. Laut Wind Europe seien dadurch Investitionen in Milliardenhöhe betroffen.

Auch Tinne van der Straeten, Geschäftsführerin von Wind Europe, sieht konkrete Folgen. „Kampagnen mit falschen Informationen haben in mehreren Ländern Proteste ausgelöst und Projekte verzögert oder gestoppt“, sagte sie. Das führe zu höheren Strompreisen und verzögere den Umbau des Energiesystems.

Politik und Medien mit Fakten versorgen

Die Analyse von CASM Technology zeigt zudem, dass sich Desinformation nicht auf soziale Medien beschränkt. Laut beteiligten Organisationen wie Quota Climat tauchen entsprechende Narrative zunehmend auch in klassischen Medien auf. In einer Untersuchung wurden demnach Hunderte Fälle identifiziert, in denen erneuerbare Energien diskreditiert wurden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Branche von Politik und Öffentlichkeit eine stärker faktenbasierte Debatte. Ohne einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien drohten langfristig zusätzliche Kosten. Wind Europe verweist auf Schätzungen, wonach ein unzureichender Umbau des Energiesystems Europa bis 2050 bis zu 1,6 Billionen Euro kosten könnte.

Die Konferenz in Madrid dauert vom 21. bis 23. April und bringt nach Angaben der Veranstalter mehr als 15.000 Teilnehmer zusammen. Erwartet werden Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez sowie mehrere EU-Kommissare und nationale Minister.

Der Wind-Europe-Bericht zur [Fehlinformation über Windkraft](#) steht in englischer Sprache zum Download bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Pixabay / Photo Mix

Schottische Prozesswärmetechnik für München

WIRTSCHAFT. Die schottische „Exergy3“ will von Edinburgh nach München expandieren und ihre Technologie für industrielle Prozesswärme vermarkten.

Noch im zweiten Quartal will die schottische Exergy 3 in München ihren europäischen Hauptsitz eröffnen. Für diese Expansion und um die Kommerzialisierung der unternehmenseigenen Technologie zur Dekarbonisierung industrieller Prozesswärme voranzutreiben, hat sei eine Seed-Finanzierung in Höhe von 11,5 Millionen Euro eingeworben worden, teilt das Unternehmen mit.

Der Technologieanbieter mit Sitz in Edinburgh entwickelt ein modulares thermisches Energiespeichersystem, das überschüssigen erneuerbaren Strom in Prozesswärme umwandelt. Laut Exergy 3 kann das System Temperaturen von 50 bis 1.200 Grad Celsius bereitstellen und Anwendungen in Branchen wie Lebensmittel und Getränke, Chemie, Pharma, Düngemittel und Zement abdecken.

So vermeldete Exergy 3 unlängst die Inbetriebnahme des „weltweit ersten CO2-armen Destillierprojektes“: In der Annandale Distillery in Edinburgh wird überschüssige Windenergie genutzt, um Temperaturen von bis zu 530 Grad zu erzeugen. Diese werden in einem Cochran-Kessel in Dampf umgewandelt und für die Destillation von Whiskey genutzt.

Im Zusammenhang mit der Expansion verweist das Unternehmen auf die hohen Kosten für Maßnahmen zur Netzengpassbewirtschaftung in Deutschland. Die Exergy 3-Technologie könne diese überschüssige Energie gezielt für industrielle Prozesse verfügbar machen und gleichzeitig zur Dekarbonisierung industrieller Wärme beitragen. Die Schotten verbinden ihren Markteintritt mit dem Ausbau der Produktionskapazitäten und der geplanten Umsetzung erster großindustrieller Projekte mit Industriepartnern.

Auch ein Investor aus Bayern dabei

Angeführt wurde die Seed-Runde von der französischen Axeleo Capital. Weitere Investoren sind der öffentliche Venture-Capital-Investor Bayern Kapital sowie die in Singapur ansässige Kibo Invest. Auch die bisherigen Geldgeber Scottish Enterprise, Zero Carbon Capital und Old College Capital beteiligten sich nach Angaben des Unternehmens erneut.

Der geplante Standort in München soll Exergy 3 näher an industrielle Kunden und Partner in Europa bringen. Bis Ende 2027 will das Unternehmen dort nach eigenen Angaben ein Team von rund 15 Mitarbeitenden aufbauen und mit Hochschulen in der Region zusammenarbeiten. „Bayern bietet für uns ein ideales Umfeld: eine starke industrielle Basis, eine hohe Dichte energieintensiver Unternehmen und Zugang zu exzellenten Fachkräften“, lässt sich CEO Markus Ronde zitieren. „Das ermöglicht es uns, nah an unseren Kunden zu arbeiten und lokale Lieferketten aufzubauen.“

Parallel dazu will Exergy 3 auch seine Aktivitäten im Vereinigten Königreich ausbauen und die Zahl der Beschäftigten bis Ende dieses Jahres verdoppeln. // VON KATIA MEYER-TIEN

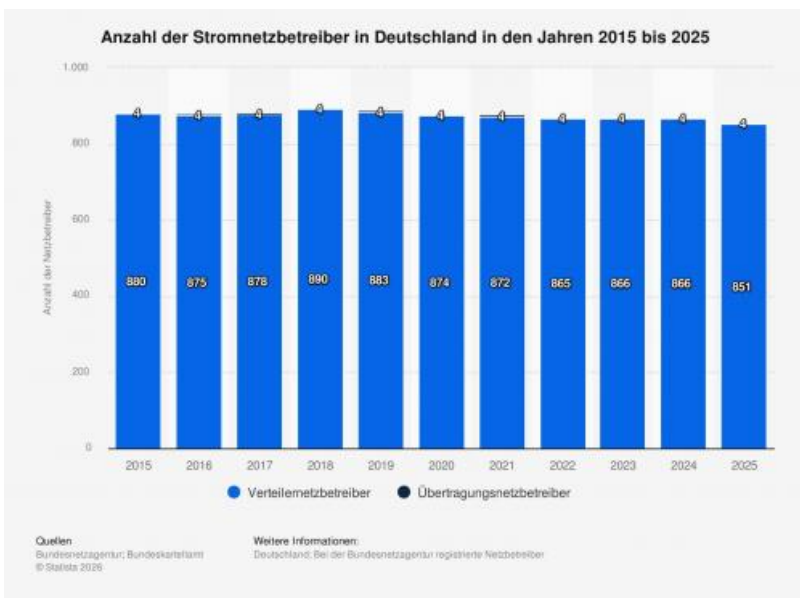
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der deutschen Stromnetzbetreiber von 2015 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 wurden in Deutschland insgesamt 851 Stromnetzbetreiber gezählt. Gegenüber dem Jahr 2014 ist die Zahl der genannten Betreiber um 33 zurückgegangen. Stromnetzbetreiber können in Übertragungsnetzbetreiber und Verteilernetzbetreiber unterteilt werden. Das Übertragungsnetz ist durch Umspannwerke an die Netze der Verteilernetzbetreiber angeschlossen. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

Vorzeigeprojekte gesucht



Quelle: E&M

CONTRACTING AWARD. Energie & Management und der Contractingverband Vedec prämiieren in diesem Jahr mit dem Contracting Award wieder herausragende Projekte. Jetzt für den Preis bewerben!

Der Fachverlag Energie & Management und der Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting – „vedec“ – suchen in diesem Jahr wieder herausragende Contractingprojekte, um sie mit dem Contracting Award auszuzeichnen.

Contractingmodelle sind wegweisende Instrumente zur Erschließung kostensparender und umweltentlastender Vorhaben in der Energieversorgung – und gewinnen auch mit der Wärmewende. Die Contractingbranche wächst seit Jahren kontinuierlich. Der Beratungsbedarf, insbesondere bei Kommunen und Unternehmen, nimmt zu, die eingesetzten Technologien werden anspruchsvoller.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch die kommunale Wärmeplanung. Contractinganbieter unterstützen Städte und Gemeinden mit Daten, Fachwissen und Koordination. Neben der Umsetzung konkreter Maßnahmen sind sie in der Akteursbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit eingebunden und übernehmen häufig die Koordination von Arbeitsgruppen.

Innovative Projekte zeigen, wie Energieeffizienz, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit in der Praxis zusammengebracht werden können. Der Contracting Award macht genau diese Vorzeigeprojekte sichtbar und würdigt das Engagement der Branche. Tobias Dworschak, Vorsitzender des Vorstands im Vedec, betont: „Der Award zeichnet Projekte, Lösungen und Menschen aus, die zeigen, wie Verantwortung in der Wärmewende praktisch übernommen wird: mutig, wirksam und übertragbar.“

Mit ihrer Bewerbung haben Unternehmen die Chance, ihre Kompetenzen im Bereich Contracting und Energiedienstleistungen gegenüber potenziellen Kundinnen und Kunden sowie Geschäftspartnern zu demonstrieren. Die Initiatoren des Awards, der seit dem Jahr 1997 alle zwei Jahre verliehen wird, stellen die Teilnehmer und den Gewinner in der Fachzeitung Energie & Management und im Jahresmagazin sowie auf der Internetseite des Vedec vor.

Kriterien für eine Bewerbung um den Contracting Award

Bewertet und prämiert wird nicht vorrangig die Technik, sondern das übergreifende Organisations- und Betreibermodell, das sich auch auf die Übernahme und optimierende Betriebsführung vorhandener Altanlagen beziehen kann. Voraussetzung für die Einreichung eines Projekts ist eine Wärmeversorgung mit mindestens 100 kW thermisch. Das realisierte Contractingmodell wird nach den folgenden sechs Kriterien bewertet:

1. Anlagen- und Betriebskonzept

Welche technischen Bausteine sind im Anlagen- und Betriebskonzept zur Energieversorgung integriert? Welche End- und Primärenergiebilanz kann das Projekt vorweisen?

2. Umweltentlastung

Inwiefern entlastet das Projekt nachweislich und deutlich die Umwelt und wodurch findet eine Ressourcenschonung statt? In welchem Umfang setzt das Projekt auf erneuerbare Energien?

3. Sektorenkopplung

Inwiefern koppelt das Projekt unterschiedliche Sektoren (Wärme, Strom, Mobilität, Kälte, Dampf, Beleuchtung ...) intelligent und nachhaltig?

4. Innovation

Wodurch erhält das Projekt einen innovativen Charakter? Durch welche Aspekte lässt sich das Konzept auf

Folgeprojekte übertragen?

5. Faires und transparentes Vertragsmodell

Wie wurde das Vertragsmodell ausgestaltet und inwiefern wurden die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit und Tragfähigkeit für die Nutzenden und alle Beteiligten berücksichtigt? Wurde eine partnerschaftliche Gemeinschaftslösung zwischen Contractingunternehmen, Wohnungswirtschaft, Industrie, Gewerbe, Kommune oder anderen angestrebt?

6. Zeitraum

In welchem Zeitraum fanden Projektentwicklung und Realisierung statt? Wie wurde der pragmatische Stufenplan für die Projektentwicklung und Realisierung ausgestaltet?



Die vollständige Ausschreibung zum Contracting Award als PDF.

Zur Vollansicht auf das PDF klicken

Quelle: E&M

Nach diesen gleich gewichteten Kriterien beurteilt ein unabhängiges Expertengremium den Innovationscharakter des Projekts.

Die drei besten Einsendungen werden im Rahmen des Vedec-Jahreskongresses am 22. Juni in Berlin präsentiert und ausgezeichnet. Das Gewinnerprojekt wird außerdem nochmals auf dem Jahreskongress des vedec vorgestellt.

Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 30. April 2026.

Die Gewinner des Contracting Awards der vergangenen Ausschreibungen

Im Jahr 2024 erhielten den Contracting Award:

1. Preis: Naturstrom für das Öko-Quartier „Kokoni one“
2. Preis: Engie Deutschland für die energetischen Verbesserung und dem Einsparcontracting für das Hotel Panorama im thüringischen Oberhof
3. Preis: Frank Ecoenergy für das Hamburger Neubau-Wohnquartier „Helling – Quartier für buntes Leben“

Im Jahr 2022

1. Preis: Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe (EDG) für das Projekt Schulzentrum Nieder-Olm
2. Preis: E1 Energiemanagement für das Energieeinsparcontracting im Märkischen Kreis mit insgesamt 20 Liegenschaften (Verwaltungsgebäude, Schulen, Museen und weitere)
3. Preis: EnBW Contracting für ein Wärmekonzept des Bildungszentrums Markdorf im Bodenseekreis

Im Jahr 2020

1. Preis: E1 Energiemanagement für das Energiesparcontracting-Projekt Polizeiakademie Niedersachsen
2. Preis: Gasag Solution Plus und Gewobag mit dem Projekt Wohnpark Mariendorf
3. Preis: EWE AG und die Wohnungsgenossenschaft Wildau

Im Jahr 2018

1. Preis: EnBW-Tochter Sales & Solutions GmbH für einen Energieverbund zwischen kommunalen Nutzern und zwei Industriebetrieben in der Gemeinde Waldbronn bei Karlsruhe
2. Preis: Zeag Energie für eine neue Energieversorgung für das Gelände des ehemaligen Südbahnhofs in Heilbronn
3. Preis: Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) zusammen mit der Vattenfall Europe Wärme AG für eine Wärmerückgewinnungsanlage

Im Jahr 2016:

1. Preis: Regensburger Energie- und Wasserversorgung (Rewag) für die Modernisierung einer Wärmeversorgung der Eckert Schulen in Regenstauf
2. Preis: S.O.L.I.D. Gesellschaft für Solarinstallation und Design für eine Freiflächen-Solarthermieanlage, die in das Nahwärmenetz der Energie Steiermark Wärme einspeist
3. EnergieDienstleistungsGesellschaft Rheinhessen-Nahe (EDG) für ein Nahwärmenetz mit Biomasse und KWK

// VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN

Zufrieden: Maik Render und Magdalena Weigel (v.l.) mit Heiko Linder (Kommunikation). Quelle: Volker Stephan

N-Ergie kommt mit weniger Gewinn und Umsatz gut klar

BILANZ. Trotz Rückgängen in fast allen Geschäftsfeldern zeigt sich der Vorstand des Nürnberger Regionalversorgers N-Ergie zufrieden mit dem Bilanzjahr 2025. Das Unternehmen investiert weiter.

Das Nürnberger Energieunternehmen N-Ergie hat die Ergebnisse des Jahres 2024 nicht wiederholen können. Sinkende Preise auf einem sich normalisierenden Markt hätten Umsatz und Gewinn gedrückt, sagte Vorstandssprecher Maik Render am 21. April bei der Präsentation der Zahlen.

Dennoch sei das kommunal getragene Unternehmen – gut 60 Prozent halten die Städtischen Werke Nürnberg, den Rest die Stadtwerke-Kooperation Thüga – laut Render „sehr zufrieden“ mit dem Jahr 2025. Zu Buche stehen ein Gewinn von 161 Millionen Euro (2024: 180 Millionen Euro) und ein Umsatz von 4,2 Milliarden Euro (5 Milliarden Euro). Die Thüga erhält vertragsgemäß gut 25 Millionen Euro, die Städtischen Werke gut 74 Millionen Euro.

55 Millionen Euro dürfe N-Ergie zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und für anstehende Investitionen im Unternehmen behalten, so Render. Und die Franken seien mitten in einem Transformationsprozess. Im Hauptgeschäftsfeld Strom stehen Flexibilisierungsprojekte an. Das reicht von der Digitalisierung der Netze bis hin zu Angeboten für das smarte Eigenheim, mit gekoppelten Smart Metern, Wallboxen, Solaranlagen und Speichern.

Größter netzdienlicher Speicher Bayerns in Sicht

Noch 2026, vermutlich im Sommer, wolle N-Ergie den Spatenstich für den bislang größten netzdienlichen Speicher in Bayern setzen, so Magdalena Weigel, Chefin für Personal und IT. Im Ansbacher Ortsteil Winterschneidbach nahe dem dortigen Umspannwerk entsteht der Großbatteriespeicher mit 20 MW Ein- und Ausspeicher-Leistung sowie einer Gesamtkapazität von 100.000 kWh. Im März 2026 hatte das Traunsteiner Fachunternehmen Maxsolar den Zuschlag von N-Ergie für den Speicherbau erhalten (wir berichteten).

Zu den Ausgaben für das Stromnetz zählen neue Umspannwerke, die teils gebaut und teils in Planung sind. Vier neue Netzkuppelstellen hat N-Ergie im Netzgebiet mit dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet

vereinbart. Strom blieb auch 2025 das lukrativste Geschäft mit 2,76 Milliarden Euro Umsatz (2024: 3,48 Milliarden Euro). Dazu trägt auch der bundesweite Vertrieb an Großkunden bei. Maik Render sieht N-Ergie hier weiter unter den vier größten Versorgern in Deutschland.

Preise bleiben vorerst stabil

Auf Platz zwei bei den Geschäftsfeldern bleibt Erdgas. Hier setzte N-Ergie 940 Millionen Euro um und lag bei einem Rückgang von rund 130 Millionen Euro damit unter der Milliarden-Marke. Dieser Energieträger macht – wie alle fossilen Brennstoffe – nicht nur Freude. Ihn zu ersetzen, bleibt die Herausforderung. N-Ergie will daher zum Beispiel die wachsende Fernwärme umstellen und bindet perspektivisch Wärme und Abwärme aus einem Klärwerk, aus Altholz, Geothermie und innovativer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ein.

Die Preise für die Energiekundschaft blieben vorerst stabil, so Magdalena Weigel. Ob das zu halten ist, sei auch von der Dauer des Krieges der USA und Israels gegen Iran abhängig. An einen sukzessiven Ersatz von Gas durch grünen Wasserstoff ist zunächst nicht zu denken. Weder die öffentliche Anschubfinanzierung für einen gewünschten Elektrolyseur noch ein markttauglicher Preis für das grüne Gas seien in Sicht, so Maik Render. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

München will sich an norddeutschem Wasserstoff-Hub beteiligen



Von links: Tobias Bergmann, Oberbürgermeister von Neumünster, Gregor Neunertz, Stadtwerke München, Joel Vogl, Infener, Christian Lorenz, Schleswig-Holstein-Netz. Quelle: Infener

WASSERSTOFF. Die Stadtwerke München und das Unternehmen Infener wollen den in Neumünster vorgesehenen Wasserstoff-Hub gemeinsam realisieren.

Die Absicht ist festgeschrieben: Die Stadtwerke München (SWM) und das Schweizer Unternehmen Infener haben einen „Letter of Intent“ (LOI) zur Beteiligung der SWM am geplanten Wasserstoff-Hub in Neumünster, Schleswig-Holstein, unterzeichnet. Das gaben der kommunale Konzern und der Projektentwickler am 21. April bekannt.

Die Partnerschaft soll über eine reine Finanzbeteiligung der SWM hinausgehen. Die Stadtwerke wollen auch eigene Expertise einbringen, wie es heißt. Das Vorhaben in Neumünster sieht man in München als „aussichtsreiches Pilotprojekt, um sich für den erwarteten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft strategisch zu positionieren“.

Das Projekt befindet sich Angaben von Infener in der „finalen Vorbereitungsphase“. Der Erbpachtvertrag für das 29.000-Quadratmeter-Grundstück soll im Mai durch die Ratsversammlung genehmigt werden, wie die Sprecherin des Unternehmens gegenüber der Redaktion mitteilt. „Unsere Projektgesellschaft ist vor Ort im Gründerzentrum Log-In eingerichtet. Parallel läuft die Umsetzung des Netzanschlusses mit Tennet und SH Netz“, schreibt sie.

Der Baubeginn sei für 2027 geplant. Die Inbetriebnahme für 2028 angesetzt, hänge aber vom Fortschritt des Netzanschlusses ab. „Ein Projekt dieser Größenordnung braucht zunächst die Netzanbindung ans Hochspannungsnetz – das ist ein eigenständiges Infrastrukturprojekt“, betont die Sprecherin. Es werde gerade umgesetzt. Das Projekt zur Errichtung eines Wasserstoff-Hub mit einer Leistung von 50 MW war im März 2024 angelaufen, der Baustart ursprünglich für das gleiche Jahr geplant (wir berichteten).

Blaupause für dezentrale Hubs

„Mit dem LOI der Stadtwerke München haben wir jetzt einen starken Partner, um das Projekt in die Umsetzung zu bringen“, heißt es aus Stansstad im Kanton Nidwalden, wo das Infener den Hauptsitz hat. In München haben die Schweizer eine Niederlassung.

Die SWM engagieren sich im Wasserstoffbereich entlang der Wertschöpfungskette bereits im Transport. Beteiligungen an der Erzeugung würden derzeit geprüft. „In diesem Zusammenhang ist das Projekt Neumünster aufgrund seiner geografischen Gegebenheiten und der angestrebten Partnerschaften mit Infener und regionalen Energieversorgern sehr geeignet“, wird Gregor Neunzert, Leiter der Gasbeteiligungen der SWM, in einer gemeinsamen Mitteilung der Unternehmen zitiert.

Joel Vogl, CEO und Gründer von Infener, sieht in dem Projekt eine Blaupause. „Die Zukunft der Wasserstoffwirtschaft liegt nicht nur in Mega-Projekten an der Küste, sondern in dezentralen Hubs, die dort produzieren, wo Wasserstoff gebraucht wird“, erklärt er. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

Osnabrück vernetzt Stadtwerk und Handwerk



Quelle: Shutterstock / Dagmara_K

WÄRMEWENDE. Die Wärmewende verlangt neue Strukturen vor Ort. In Osnabrück verknüpft ein Zentrum Kommunale Wärmeplanung mit Beratung und Umsetzung durch Stadt, Stadtwerk und Handwerk.

Die Stadt Osnabrück in Niedersachsen hat gemeinsam mit den Stadtwerken Osnabrück, dem kommunalen Energieversorger der Stadt, sowie der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim ein Energie- und Wärmeinformationszentrum eröffnet. Der neue Standort an der Bierstraße soll Energieberatungsangebote unter einem Dach bündeln.

Das Angebot richtet sich laut Mitteilung der Stadtwerke Osnabrück in erster Linie an Immobilieneigentümer. Gleichzeitig schafft das Zentrum eine Schnittstelle zwischen kommunaler Planung, Energieversorger und Handwerk. Die beteiligten Institutionen wollen damit technische Optionen, regulatorische Anforderungen und praktische Umsetzung enger miteinander verzahnen.

Die Beratung soll auf den Daten der Kommunalen Wärmeplanung basieren und daraus konkrete Maßnahmen für Gebäude ableiten. So soll die strategische Planung in konkrete Projekte überführt werden. Die Partner wollen die Beratung entlang dreier Themenfelder strukturieren: energetische Gebäudesanierung, Einsatz erneuerbarer Energien und Perspektiven der Wärmewende. Fachleute sollen vor Ort Maßnahmen wie Dämmung, Heizsysteme oder Photovoltaik erklären und diese den jeweiligen Gebäudetypen zuordnen.

Ein Showroom ergänzt das Angebot. Dort wollen die Beteiligten technische Lösungen anschaulich darstellen. Zusätzlich planen sie regelmäßige Informationsveranstaltungen zu Förderprogrammen, Gebäudetechnik und Heizlösungen.

Kooperation als Blaupause

Die Bündelung von Stadt, Energieversorger und Handwerk schafft abgestimmte Prozesse und kurze Wege. Energiefragen zählen zu den zentralen Herausforderungen zählen und erforderten eine koordinierte Herangehensweise, wird Oberbürgermeisterin Katharina Pötter (CDU) zitiert.

Das Zentrum öffnet an drei Tagen pro Woche und bietet darüber hinaus individuelle Beratungstermine an. Die Partner wollen die Beratung damit enger an konkrete Vorhaben koppeln und die Umsetzung begleiten.

Aus Sicht der Stadtwerke zeigt das Modell, wie sich kommunale Energiepolitik, operative Umsetzung und handwerkliche Expertise institutionell verknüpfen lassen. Für andere Stadtwerke könne der Ansatz als Orientierung dienen, um eigene Strukturen stärker an der Kommunalen Wärmeplanung auszurichten und lokale Akteure einzubinden, heißt es. // [VON DAVINA SPOHN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Vorstandswechsel in Wolfsburg



Birte Fleischer im Kreise des Aufsichtsrats der Stadtwerke Wolfsburg. Quelle: Stadtwerke Wolfsburg

PERSONALIE. Im Juni wird Birte Fleischer die Gesamtverantwortung für die Unternehmensgruppe der Stadtwerke Wolfsburg übernehmen.

Birte Fleischer wird am 1. Juni 2026 die Vorstandsposition bei der Stadtwerke Wolfsburg AG übernehmen. Der bisherige Alleinvorstand Frank Kästner wird zum 31. Mai in den Ruhestand gehen.

In seiner Stellenbeschreibung steht neben dem Vorstand der AG auch die Geschäftsführung der Tochtergesellschaften Wobcom GmbH und Wolfsburger Dienstleistungs- und Melde-Zentrale GmbH. Außerdem ist Kästner Geschäftsführer der Wolfsburger Verkehrs-GmbH.

Die studierte Wirtschaftsmathematikerin Fleischer kommt von der Enercity AG in Hannover. Dort war sie zuletzt als Prokuristin und Bereichsleiterin Finanzen und Einkauf tätig. Zuvor war sie Partnerin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO.

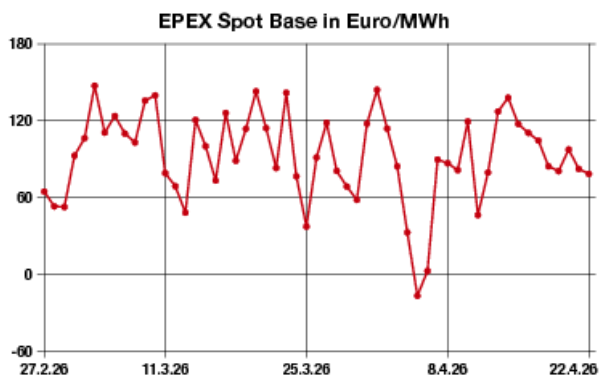
Sie freue sich darauf, gemeinsam mit den Mitarbeitenden die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende weiter voranzubringen, wird Fleischer in einer Mitteilung der Stadtwerke Wolfsburg zitiert. Sie wolle das Unternehmen „als modernen, digital vernetzten Infrastrukturdienstleister noch stärker positionieren“. Besonders wichtig sei ihr dabei „eine Führungskultur, die Mut zur Veränderung fördert, Innovation ermöglicht und unsere Teams für die Zukunft stärkt.“

Im Zuge der Neubesetzung des Vorstandspostens dankte der Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Georg Bachmann dem scheidenden Frank Kästner. Dieser habe die Stadtwerke über viele Jahre geprägt und zur positiven Entwicklung der Unternehmensgruppe beigetragen. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Strompreis zeitweise bei minus 28,36 Euro



Quelle: Pixabay

MARKTKOMMENTAR. Kurz vor dem Auslaufen der Waffenruhe zwischen dem Iran und den USA ist eine Fortsetzung der Verhandlungen ungewiss.

Zwar soll sich US-Vizepräsident JD Vance nach Medienangaben für eine Reise in die pakistanische Hauptstadt Islamabad bereithalten. Aber eine offizielle Bestätigung gab es zunächst nicht. Auch von iranischer Seite fehlten eindeutige offizielle Signale für eine Dialogbereitschaft. Die 14-tägige Waffenruhe läuft in der Nacht zum Donnerstag mitteleuropäischer Zeit ab. Am Dienstagmorgen hatten sich Strom und Gas, beflügelt von der Hoffnung auf bevorstehende Verhandlungen, leichter gezeigt. Doch je mehr Zeit verstreicht, ohne dass sich die Kriegsparteien zu Verhandlungen bereitfinden, um so stärker ziehen die Notierungen wieder an. Strom präsentierte sich unter dem Eindruck von CO₂ leichter, das gleichfalls mit Abgaben notierte.

Strom: Überwiegend leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag gezeigt. Der Day-ahead verlor 3,75 auf 79,00 Euro je Megawattstunde im Base und 12,25 auf 38,75 Euro je Megawattstunde im Peak. An der Börse wurde die Grundlast mit 78,67 Euro ermittelt, die Spitzenlast mit 38,35 Euro. Maßgeblich für den moderaten Preisrückgang beim Day-ahead dürfte die prognostizierte höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung zur Wochenmitte gewesen sein. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den Mittwoch 28,9 Gigawatt, während am Berichtstag nur 27,6 Gigawatt anfallen sollen. Von 10.45 Uhr bis 16.45 Uhr waren die Strompreise an der Börse durchgehend negativ. Der niedrigste Preis wurde mit minus 28,36 Euro für den Zeitraum von 14.00 Uhr bis 14.15 Uhr erzielt.

Auch für die Folgetage rechnet Eurowind mit kräftigen bis sehr kräftigen Einspeisungen der Erneuerbaren. Für den Samstag sollen über 45 Gigawatt an Beiträgen von Wind und Solar zusammenkommen. Am langen Ende gab das Strom-Cal 27 um 0,05 auf 88,15 Euro je Megawattstunde nach.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Dienstag präsentiert. Der Dec 26 sank bis gegen 13.40 Uhr um 1,29 auf 74,84 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt nur schwache 9,8 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 76,07 Euro, das Tief bei 74,81 Euro. Die allgemeine Stimmung am CO₂-Markt wird laut den Analysten von Vertis nach wie vor weitgehend von den Energiemärkten bestimmt. Die Turbulenzen im Mittleren Osten führen zu höheren Kraftstoffkosten, treiben die Inflation in die Höhe und belasten gleichzeitig das Wachstum, was auf ein stagflationsähnliches Umfeld in Europa hindeutet. Damit würde auch die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten sinken.

Sollten sich die USA und Iran allerdings auf ein Ende des Krieges einigen können, würde dies in einem deutlichen Rückgang der Preise für Gas und Öl resultieren und gleichzeitig den Bedarf nach CO₂-Zertifikaten in die Höhe treiben. Unterstützung für CO₂ dürfte in den kommenden Tagen auch von den aktuellen Wetterprognosen kommen.

So geht das US-Wettermodell von deutlich unterdurchschnittlichen Temperaturen in Nordwesteuropa und Deutschland bereits ab Samstag aus. Die Kältewelle soll den US-Meteorologen zufolge bis zum Ende des aktuellen Vorhersagezeitraums in den ersten Maitagen anhalten. Im Zuge der kühleren Witterung sollen die Temperaturen bis auf Werte fallen, die 4 bis 5 Grad Celsius unter dem Saisondurchschnitt liegen. Für längerfristig orientierte Anleger stehen zudem noch immer Unwägbarkeiten im Zuge der EU-ETS-Reform im Raum. Allerdings hat die EU-Kommission deutlich gemacht, dass mit ihr eine radikale Verbilligung der Zertifikatepreise nicht zu erwarten ist.

Da für die laufende Woche keine Auktion polnischer Zertifikate angesetzt ist, vermindert sich das Volumen am Primärmarkt auf 9,23 Millionen Zertifikate, das ist ein Rückgang um 14 Prozent gegenüber der Vorwoche.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben sich am Dienstag etwas fester gezeigt. Der Frontmonat Mai am niederländischen TTF legte bis gegen 13.30 Uhr um 0,500 auf 40,750 Euro je Megawattstunde zu. Am deutschen THE ging es im Day-ahead um 0,400 auf 41,600 Euro je Megawattstunde nach oben. Gas präsentierte sich damit abwartend vor möglichen neuen Gesprächen zwischen den USA und Iran in Pakistan. Ob sich Iran zu einer zweiten Gesprächsrunde mit den USA bereitfindet, ist derzeit aber noch unklar.

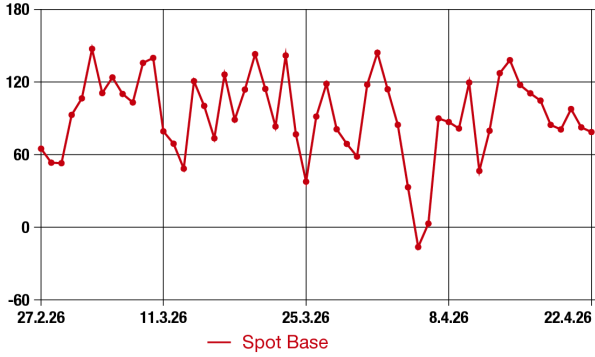
Unterstützung könnte Erdgas zudem von unterdurchschnittlichen Temperaturen in Deutschland und Nordwesteuropa erhalten, die sich ab Samstag einstellen und laut dem US-Wettermodell bis in die ersten Maitage anhalten sollen. Laut dem Netzbetreiber Gassco ist der Gasflow aus Norwegen infolge geplanter Wartungen am Berichtstag auf sehr schwache 244,9 Millionen Kubikmeter gefallen. Gemäß dem von Gassco veröffentlichten Wartungszeitplan dürften sich die norwegischen Exporte allerdings rasch wieder normalisieren. // [VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

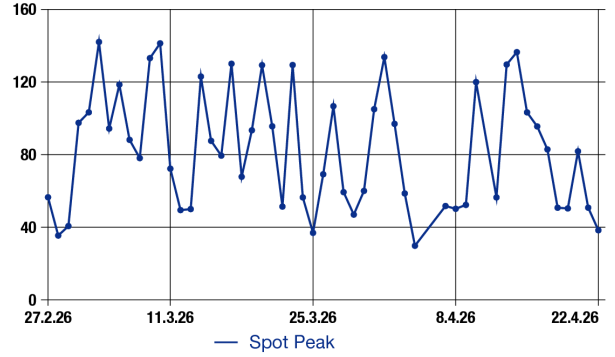
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

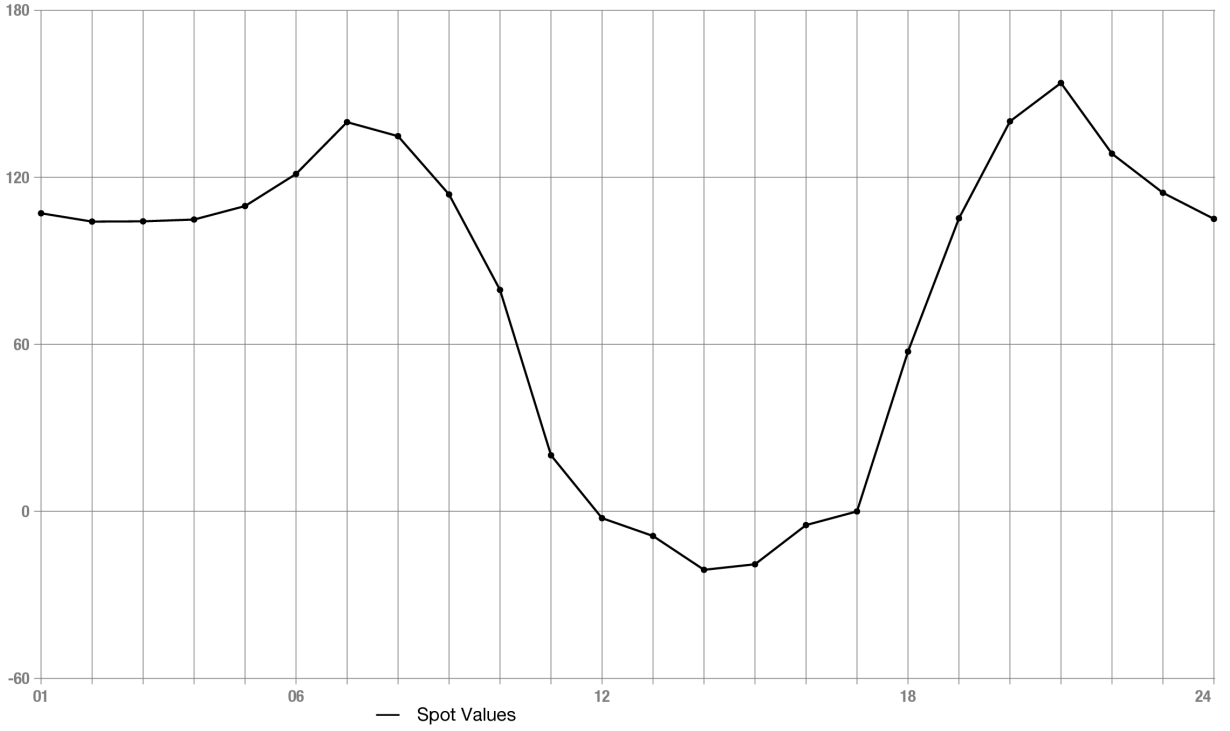
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

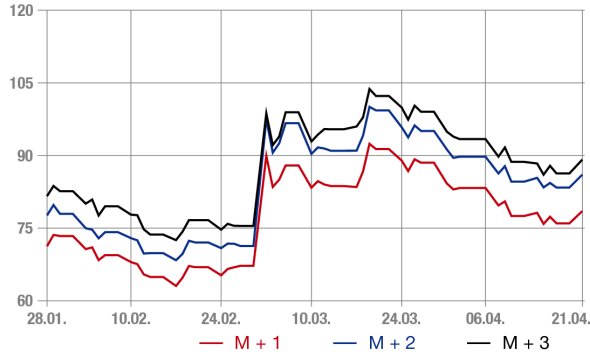
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mai-2026	78,51
M2	German Power Jun-2026	86,03
M3	German Power Jul-2026	89,14
Q1	German Power Q3-2026	92,04
Q2	German Power Q4-2026	107,81
Q3	German Power Q1-2027	104,62
Y1	German Power Cal-2027	89,71
Y2	German Power Cal-2028	78,01
Y3	German Power Cal-2029	72,86

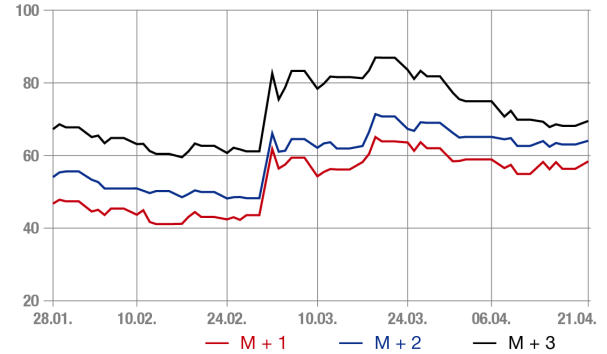
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mai-2026	58,37
M2	German Power Jun-2026	64,05
M3	German Power Jul-2026	69,50
Q1	German Power Q3-2026	81,00
Q2	German Power Q4-2026	130,87
Q3	German Power Q1-2027	123,50
Y1	German Power Cal-2027	94,85
Y2	German Power Cal-2028	83,87
Y3	German Power Cal-2029	79,85

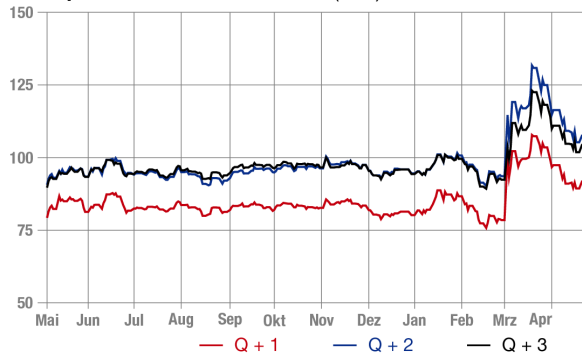
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



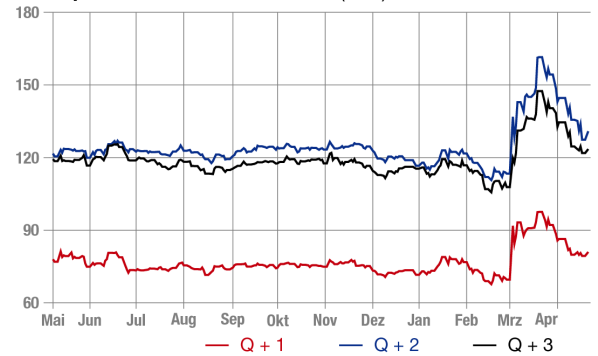
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



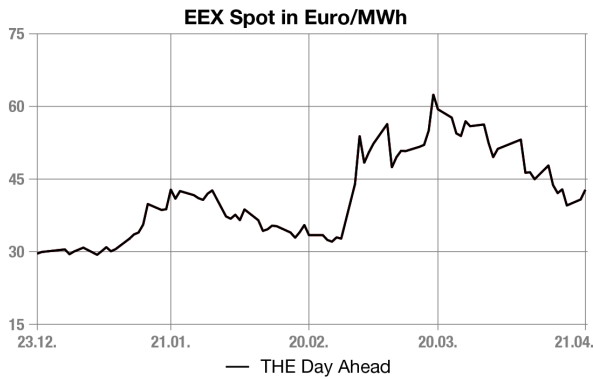
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



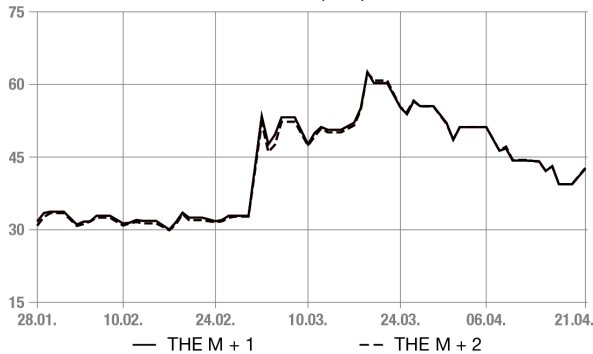
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

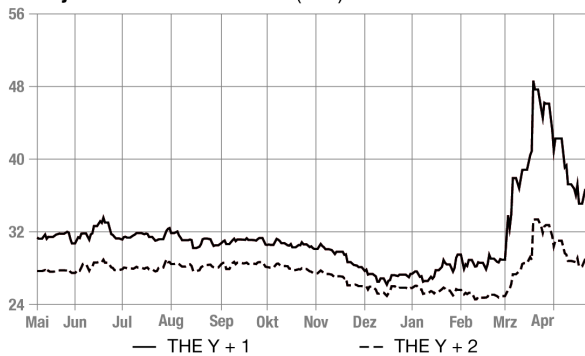
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	21.04.26	German THE Gas Mai-2026	42,59
M2	21.04.26	German THE Gas Jun-2026	42,74
Q1	21.04.26	German THE Gas Q3-2026	42,96
Q2	21.04.26	German THE Gas Q4-2026	43,20
S1	21.04.26	German THE Gas Win-2026	42,87
S2	21.04.26	German THE Gas Sum-2027	34,71
Y1	21.04.26	German THE Gas Cal 2027	36,70
Y2	21.04.26	German THE Gas Cal 2028	29,01



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



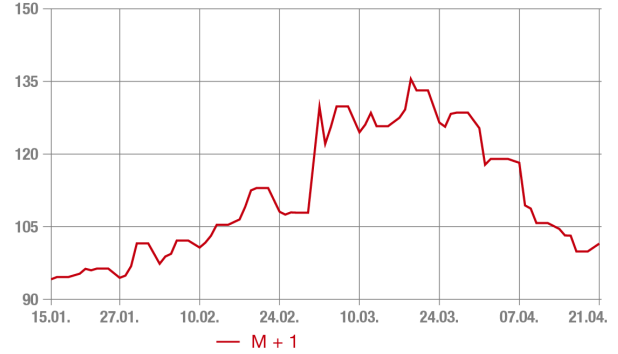
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	21.04.26	78,67	EUR/MWh
Germany Spot peak	21.04.26	38,35	EUR/MWh
EUA Mai	21.04.26	74,50	EUR/tonne
Coal API2 Mai 2026	21.04.26	101,50	USD/tonne

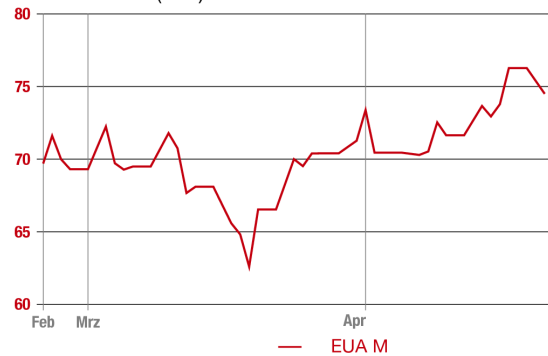
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	21.04.26	42,77	EUR/MWh
German THE Gas Mai-2026	21.04.26	42,59	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	21.04.26	36,70	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jun-2026	21.04.26	98,48	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Ruhleben

Durchführung der Kontrolle und der Zustandsbewertung der Abwasseranlagen des Kanalnetzes Absic...

in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h



Spezialist für Onshore-Windenergie-Projektentwicklung (m/w/d) (Sofort einstellen)

Bring frischen Wind in dein Berufsleben!Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...

in Deutschland

vor 2 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung



Projektentwickler techn. Projektmanagement (m/w/d) nat. Onshore-Windenergieprojekte ...

Bring frischen Wind in dein Berufsleben!Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...

in Deutschland

vor 2 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung



Koch/Köchin Bio-Küche

Du arbeitest teamorientiert und kooperativ und unterstützt die Einarbeitung neuer Kolleg:innen

in Gerabronn

vor 2 h

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärtner**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

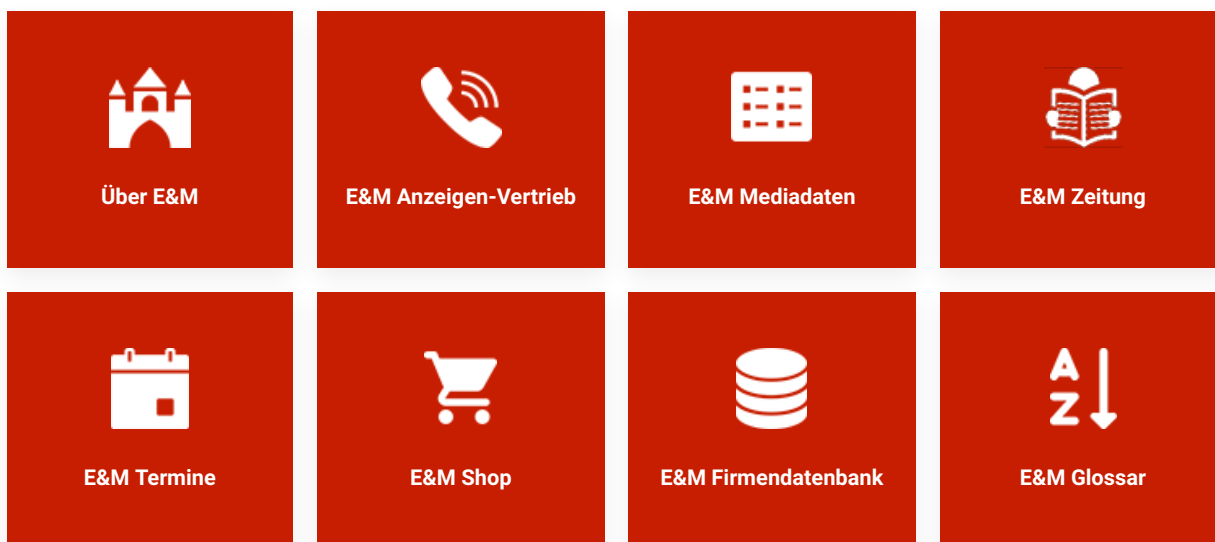
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

